

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 1/2, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich RM. 2.50. Die Woche RM. 2.00. Durch die Post bezogen RM. 2.50. Frei ins Haus RM. 3.00. Wo keine Post am Ort. RM. 3.50.

Subskriptionspreis für die einzelnen Blätter über dem Namen RM. 0.50. Subskriptionspreis für die vierteljährliche Lieferung RM. 2.00. Subskriptionspreis für die halbjährliche Lieferung RM. 3.50. Subskriptionspreis für die jährliche Lieferung RM. 6.50. Interessent für die nächste Nummer bitten die Expedition 1 Uhr in der Expedition abzugeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 3.

Breslau, Sonnabend, den 4. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Das sozialpolitische Ergebnis des letzten Jahres für das Reich.

In sozialpolitischer Hinsicht zeichnet sich das letzte Jahr dadurch aus, daß mehrere wichtige soziale Gesetze in Kraft traten, die der vorige Reichstag unter dem Druck der bevorstehenden Neuwahlen fertig gemacht hat. So ist besonders hervorzuheben, daß am 1. Januar 1913 die Unfall- und Hinterbliebenen-Versicherung der Reichs-Versicherungsordnung ihre Tätigkeit begonnen hat, und daß am 1. April 1912 das Hausarbeitsgesetz sowie mehrere Änderungen der Arbeiterschutzeschriften der Gewerbeordnung in Kraft getreten sind.

Die Durchführung dieser Gesetze, ferner die Vorarbeiten für die Durchführung der anderen Teile der Reichs-Versicherungsordnung und der Versicherung für Angestellte haben die sozialpolitische Tätigkeit der Reichsverwaltung fast ganz in Anspruch genommen. Allerdings hat die Thronrede, mit der der Kaiser den neuen Reichstag begrüßte, der Reichsverwaltung eine wichtige sozialpolitische Aufgabe zugewiesen. Sie hebt hervor, daß der vorige Reichstag noch in seiner letzten Tagung die Wohltaten der sozialen Versicherung auf weite Kreise ausgedehnt habe, und legt das Ergebnis ab:

Dieselbe soziale Gerechtigkeit, aus dem Wert hervorgegangen ist, muß auch fernerhin walten. Denn die Entwicklung steht nicht still.

Trotzdem hat die Reichsverwaltung im letzten Jahre nur sehr wenig zur Förderung der Entwicklung getan. Sie hat eine einzige sozialpolitische Vorlage dem neuen Reichstag zugehen lassen: den Entwurf zur Änderung der Bestimmungen über die Konkurrenzklausei der Handelsangestellten. Und selbst die hier vorgeschlagenen Verbesserungen bleiben weit hinter den gemeinsamen Forderungen aller Handelsangestelltenverbände zurück; die Mißstände, die die Konkurrenzklausei bei den anderen Angestellten und den Arbeiterverursacht, hat sich die Reichsverwaltung mit ihrer Vorlage überhaupt nicht herangekragt. — Außerdem hat sie den ersten Entwurf eines Reichs-Theatergesetzes veröffentlicht, damit die Beteiligten weitere Verbesserungen anregen können. Wann wir ein derartiges, dringend notwendiges Schutzgesetz für die von den Theaterunternehmern ausgebeuteten Personen erlangen werden, ist noch gar nicht abzusehen.

Ebenso unbefriedigend ist die Tätigkeit der Reichsverwaltung in dem Ausbau der Arbeiterschutz-Verordnungen. Der Bundesrat hat die Gültigkeit der Glasarbeitenverordnung vom 5. März 1902, die noch immer die Nacharbeit der Jugendlichen gestattet, um ein Jahr, nämlich bis zum 31. März 1913, verlängert. Das einzige Gute daran ist, daß der Verordnung nur noch eine so kurze Zeit gewährt ist; hoffentlich wird sie der Bundesrat im neuen Jahre durch solche Schutzvorschriften ersetzen, die den schon seit Jahren mit allem Nachdruck vertretenen Forderungen der aufgestellten Glasarbeiter gerecht werden. — Am 1. Juni 1912 ist eine neue Bekanntmachung, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hülsenwerken, in Kraft getreten. Sie hat nicht nur die beteiligten Arbeiter, sondern selbst bürokratische Sozialpolitiker unangenehm überrascht, da sie in diesen Betrieben die Nacharbeit der Jugendlichen für weitere zehn Jahre zuläßt. Eine Besserung soll dadurch erreicht werden, daß die Nacharbeit der Jugendlichen vom 1. Oktober 1914 ab nur mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde erlaubt sein soll. — Am 13. Dezember endlich hat der Bundesrat eine Bekanntmachung erlassen, die die Einrichtung und den Betrieb der Hülfsstätten und Hülfskassen regelt. Sie enthält eine Reihe von Schutzvorschriften, deren Wert aber zum Teil wieder durch Ausnahmen aufgehoben wird.

Das ist im wesentlichen, was wir der Sozialpolitik des Reiches im letzten Jahre zu verdanken haben. Wie verschwindend gering ist es gegenüber der Fülle von Aufgaben, die das Reich auf diesem Gebiete zu lösen hat!

Im Laufe der Zeit ist die Erkenntnis in immer weitere Kreise gedungen, daß die bisherige Tätigkeit des Reiches an der Arbeiterschutzeschriften völlig versagt gegenüber der betriebsunübersichtlichen Reihe von unermesslichen Zuständen, die die wirtschaftliche Entwicklung fast täglich durch neue Mißstände verlängert. Daher wird immer lauter der Ruf nach einem einheitlichen Arbeiterschutz, das sowohl den Schutz für alle Arbeiter und Angestellten in seinen Grundzügen festlegt, als auch die Voraussetzungen dafür schafft, daß die besonderen Schutzmaßnahmen in einzelnen Arbeitszweigen planmäßig und zur richtigen Zeit unter maßgebender Mitwirkung der Beteiligten selbst durchgeführt werden.

Der Reichsverwaltung fehlt offenbar jedes Verständnis für diese Forderung. Sie kennt nur die alte Illusion. Wo sie eingreifen muß, weiß sie keinen anderen Rat, als ein Mißständchen aufzulösen; ihre einzige Sorge ist dabei, daß sie nur nicht zu — viel tue. — Selbst dort, wie bei der Konkurrenzklausei, wo sie gezwungen ist gegen Miß-

stände einzuschreiten, unter denen viele Arbeiter und Angestellte schwer leiden: selbst dort kann sich die Reichsverwaltung nicht zu einer Schutzvorschrift für alle diese Arbeiter und Angestellten entschließen.

Dazu kommt die Haltung der Reichsverwaltung in dem Kampfe um das wichtigste sozialpolitische Grundrecht, um das Vereinigungsrecht der Arbeiter. Die durch und durch unwahre Entziehung der Scharfmacher über den Mißbrauch, den die Arbeiter angeblich mit dem Vereinigungsrecht treiben, nimmt die Reichsverwaltung, wie sie versichert, ernst. Anstatt die Scharfmacher an ihren eigenen Terrorismus zu erinnern, stimmt der Reichsminister für Sozialpolitik in ihr Geschrei ein, und ist nur so vorichtig, nicht mit einem neuen Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter heranzukommen, bevor er eine Mehrheit dafür im Reichstage hat.

Daher dürfen auch im neuen Jahre die Arbeiter sich in keiner Weise auf die Reichsverwaltung verlassen. Wollen sie ihr Vereinigungsrecht schützen und es mehr und mehr verbessern, wollen sie einen wirklich zeitgemäßen Fortschritt in der Arbeiterschutzeschriften des Reiches erreichen, dann müssen sie selbst Hand anlegen, dann müssen sie ihre politischen und gewerkschaftlichen Verbände immer mehr verstärken und durch sie einen immer größeren Druck auf die Reichsverwaltung und den Reichstag ausüben.

Politische Uebersicht.

Ein Preußenjahr.

In mehr als einem Sinne verdient das neue Jahr, an dessen Schwelle wir stehen, ein Preußenjahr genannt zu werden. Die herrschenden Klassen werden es feiern als das hundertste Jahr der Erinnerung an Preußens Erhebung aus dem Verfall des napoleonischen Zeitalters. Aber der Lärm ihrer Feste wird überdunstet werden von den Kämpfen um die preussische Gegenwart, um die Gestaltung des neuen Landtags, um die Reform des preussischen Wahlrechts. Je lauter man auf der anderen Seite über die Bekretung von der Fremdherrschaft, der Abschüttelung des Thronensocks, feilschen wird, desto eindringlicher wird von dieser die Frage erörtern, ob das preussische Volk nicht noch immer unter Fremdherrschaft leide, und ob mit dem ausgeklärtesten und gentlesten Despoten auch die Despotie aus Preußen verschwunden sei.

Schon im Jahre 1808, ein Jahr nach dem Zusammenbruch, hatte, am 24. November, eine königliche Verordnung „eine angemessene Teilnahme der Nation an der Regierungsgewalt in Aussicht gestellt, und dieses Versprechen wurde sieben Jahre später in der feierlichsten Form wiederholt. In Wirklichkeit hat in den letzten hundert Jahren Preußen aber nur ein paar Monate lang eine Volksvertretung besessen, eine Volksvertretung, die nicht die Frucht königlicher Versprechungen, sondern ein Kind der Revolution war, und mit dieser auch wieder verschwand. Daß das preussische Abgeordnetenhaus als eine Volksvertretung nicht anzupreisen sei, hat kein Geringerer als Bismarck bekannt, und daß er seinen oft zitierten Ausspruch just in seiner reaktionärsten Zeit, als preussischer Junker-Abgeordneter, tat, verstärkt nur die Wucht seines Zeugnisses. Von einer „angemessenen Teilnahme an der Regierungsgewalt“ ist also das preussische Volk heute kaum weiter weit entfernt, als vor hundert Jahren, in der Zeit des offenen Absolutismus. Ja, man kann wohl sagen, daß der trügerische Schein einer Volksvertretung, der dem preussischen Volke genährt worden ist, noch schlimmer und gefährlicher ist, als der offene Absolutismus. Denn dieser hätte kaum eine solche Fähigkeit der Widerstandskraft betonen, wie die Dreiklassenherrschaft, deren Joch seit mehr als zwei Menschenaltern auf dem preussischen Volke lastet.

Das Jahr 1913 ist ein Jahr der preussischen Landtagswahlen, und darum werden alle Probleme, die mit diesen Wahlen in Zusammenhang stehen, in den Vordergrund der inneren Politik treten. In wenigen Tagen wird sich der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie versammeln, dem bald darauf eine Delegiertenversammlung der preussischen Fortschrittler folgen wird. Auch die anderen Parteien werden sich heilen, ihre Rüstungen für den Wahlkampf zu vervollständigen.

Auf linksliberaler Seite trägt man sich mit der Hoffnung, daß es gelingen könnte, dem neuen Landtag eine wahlreformunfähige Mehrheit zu verschaffen. Man mag über diese Frage so optimistisch oder so pessimistisch wie immer denken, sicher ist, daß die Zusammensetzung des neuen Dreiklassenparlamentes für die Zukunft Preußens und ganz Deutschlands von höchster Bedeutung sein wird. Daß die preussische Regierung im Zeitraum von 1913—1918 mit einer neuen Reformvorlage nicht hervortreten müssen, daran ist gar nicht zu zweifeln; dafür bürgt in gewissem Sinne auch das künftige Wahlreformbesprechen vom 20. Oktober 1906, da man heutzutage die Erfüllung solcher Versprechungen nicht ohne die schwerste Gefahr für die Monarchie abermals auf fünf Jahre verzagen kann. Kommt es aber während der Weltunruhe des neuen Landtags

abermals zu einem Wahlreformversuch, dann bedarf es keines näheren Nachweises, daß seine Zusammensetzung für das Schicksal des Entwurfes nicht gleichgültig ist. Man darf dabei nicht bloß an die äußere Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten denken, sondern muß auch mit einer gewissen inneren Wandlungsfähigkeit rechnen, die in kritischen Zeiten überraschend schnell einzutreten pflegt. Und darum wird es, ohne Rücksicht auf vage Berechnungen der künftigen Stärke einzelner Parteien Hauptziel des Wahlkampfes sein müssen, zunächst einmal diejenigen Elemente nach Möglichkeit zurückzuwerfen, deren Starrheit jede Nachgiebigkeit gegen den zu erwartenden Druck von außen ausschließt.

Für die preussische Wahlrechtsbewegung werden die Wahlen von 1913 in diesem Sinne kaum etwas anderes als eine vorbereitende Handlung sein können. Denn der Platon wird sich wohl niemand hingeben, daß unter den öffentlichen, indirekten Dreiklassenwahlen ein Landtag zustande kommen könne, der ohne jeden äußeren Anstoß, ganz aus eigenem freien Antrieb, eine auch nur einigermaßen fortschrittliche Wahlreform beschließt. Die Konservativen bieten alles auf, um ihre Machtstellung im Dreiklassenhaufe nicht nur zu sichern, sondern noch zu stärken; sie können dabei auf die unbedingte Unterstützung des Zentrums rechnen, während die Nationalliberalen durch die inneren Parteikämpfe und die Stärke des altliberalen Flügels in Preußen zum mindesten neutralisiert sind. Die Fortschrittler aber, die zum Teil noch einem Kompromiß mit der Sozialdemokratie streben, stehen wieder offiziell mit den Nationalliberalen im Bunde und haben sich damit jeder Aktionsfreiheit nach links beraubt, von der Gebrauch zu machen, wohl ein Teil ihrer Anhänger ohnehin kaum besondere Lust hat.

So eröffnen sich für das Preußenjahr 1913 durchaus keine erfreulichen Aussichten. Angesichts des bevorstehenden Kampfes können sich die Schwierigkeiten der preussischen Wahlrechtsbewegung erst recht zu fast unüberwindlicher Höhe empor. Das muß offen ausgesprochen werden und es darf offen ausgesprochen werden; denn für die Massen des arbeitenden Volkes sind Schwierigkeiten nicht da, um vor ihnen selbe zurückzuschrecken, sondern, um sie mutig zu überwinden. Der Kampf um das preussische Wahlrecht erscheint geradezu hoffnungslos, wenn man den Ausfall der kommenden Wahlen an sich schon zum Maßstab des Gelingens machen wollte. Er erscheint erst aussichtsreich, wenn man sich in der Ueberzeugung festigt, daß sich das preussische Volk nicht durch den künftigen Wahlausfall, sondern trotz dieses Wahlausfalls sein Recht erkämpfen wird. Durch die Wahlen von 1913 kann der Sieg nicht erfochten, sondern im besten Falle nur vorbereitet und erleichtert werden.

Einen Landtag, der will, wie das Volk will, bekommen wir in Preußen unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht, sondern höchstens einen Landtag, der in entscheidender Stunde gegenwärtig werden kann, zu wollen, wie das Volk will. Die Parole der preussischen Wahlrechtsbewegung muß heißen: Erst wählen, dann wagen!

Die bevorstehenden Wahlen in Lippe.

Die Sozialdemokratie im lippischen Kleinstaat hat am Sonntag nach Weihnachten mit der Agitation begonnen. Der Wahltermin ist zwar noch nicht amtlich bekannt gegeben, aber man nimmt an, daß die dritte Klasse, in der allein die Sozialdemokratie Mandate erlangen kann, am 20. Januar wählen wird. In einer wohl von bürgerlicher Seite ausgehenden Veröffentlichung heißt es, daß die Linke des alten Landtages eine Mehrheit von einer Stimme gehabt habe, und daß sich der bevorstehende Kampf in der Hauptsache um die Erhaltung dieser Mehrheit drehen werde. Ganz abgesehen davon, daß die beiden dem alten Landtage angehörenden Nationalliberalen in grundsätzlichen Fragen recht unklare Positionen sind, die nur sehr bedingt zur „Linken“ gerechnet werden dürfen, dreht sich für die Sozialdemokratie der Kampf darum, den Liberalen in der dritten Klasse Mandate abzunehmen.

Von den rund 31.000 Wahlberechtigten im Fürstentum Lippe wählen 425 in der ersten Klasse, 3000 in der zweiten und 27.000 in der dritten. Infolge der Bestimmung des geänderten Wahlgesetzes, wonach auch Angehörige anderer deutscher Staaten wahlberechtigt sind, wenn sie seit drei Jahren in Lippe wohnen, mögen sich diese Zahlen ein wenig geändert haben. Von den freien Mandaten der dritten Klasse hatten die Liberalen bisher sechs, nur eines war der Sozialdemokratie angefallen. Zwei gingen aus bei den letzten Wahlen im Jahre 1908 verloren. Unfreie Mandate waren aber nicht aus eigener Kraft er-rungen, sondern darauf zurückzuführen, daß der Liberalismus in zwei Tagen gespalten war, die sich heftig befehden. Die Verhältnisse lagen zudem für uns bisher in-folten ungünstig, als etwa 14.000 Lippsche Mandatarbeiter (Stegler) in der Wahl liberal wählen. Erst nach dem nach hat sich dann eine Veränderung angebahnt, die auch bei den letzten Reichstagswahlen zum Ausdruck kam, wo wir über 300 Stimmen gewannen, die Liberalen aber ebenbürtig verloren. Der Wahlkampf ist im allgemeinen

nicht nicht industriell durchleht, sonst würden ja auch nicht die laufende kräftiger Bewohner in jedem Frühjahr über die Grenze gehen.

Die Liberalen haben im Landtag mit den Konservern Frieden geschlossen; jedenfalls ist von den Führern beider Parteien in den letzten Jahren einer Arbeitsgemeinschaft das Wort geredet worden, und die gesetzgebenden Ergebnisse sind denn auch danach. Überall nur schwächliche Konzeptionen, fast nirgends ein frischer, selbstkritischer Zug. Im übrigen frant ja der Lippsche Staat an denselben Uebeln wie all die deutschen Kleinstaaten, die ja samt und sonders nicht leben und nicht sterben können. Der eine klagt am meisten über preussische Ausübung, der andere über kostspielige Verwaltung, der dritte über die Last der städtischen Würde und der vierte klagt über all das und noch mehr. In Lippe finden sich diese Uebel in konzentrierter Form und die notwendige Folge ist, daß die besitzenden Klassen die Arbeiter um so stärker zur Steuerleistung heranziehen. Die Sozialdemokratie wird es bei der Agitation nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß man den Arbeitern zwar zumutet, höhere Steuern als anderswo zu zahlen, daß man ihnen aber das gleiche Wahlrecht vorenthält.

Der Landtag wird nicht fertig!

Der Direktor des preussischen Abgeordnetenhauses Plate hat eine Zusammenstellung gemacht, aus der hervorgeht, daß das Dreiklassenparlament bei seiner unvermeidlichen Auflösung einen wahren Berg unerledigter Arbeiten hinter sich lassen wird. Sieben zum Teil größere Regierungsvorlagen, darunter die Abänderung der Einkommen- und Ergänzungsteuer, harren noch der Erledigung, davon sind erst zwei in den Kommissionen beraten, die anderen sind noch gar nicht zur Beratung gelangt. Fünf weitere Regierungsvorlagen, unter ihnen die über die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn und die über den Moorbruch, stehen in den Kommissionen, einige neue Regierungsentwürfe, wie das Fischereigesetz, sind noch zu erwarten. Dazu kommen im ganzen 54 Initiativanträge, die natürlich erst recht keine Aussicht auf Erledigung haben, eine unerledigte Interpellation, zahlreiche Berichte usw. Dabei werden die rund 50 Beratungstage, die dem Hause noch vor Ostern zur Verfügung stehen, zum allergrößten Teil zur Beratung des Etats verwendet werden müssen, von dem man jetzt schon annimmt, daß er bis zum Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April noch nicht fertig sein wird. Man wird also auch nach Ostern fortfahren, Etat zu beraten. Nun ist der Vorgänger des jetzigen Hauses schon am 1. Juni 1908 aufgelöst worden, es wäre also am 1. Juni 1913 Zeit, zu verschwinden. Die Wahlen haben vor fünf Jahren am 17. Juni stattgefunden, dieser ist also für ihre Neuauferstehung der äußerste Termin!

Danach steht es heute schon fest, daß die laufende Legislaturperiode des Dreiklassenhauses mit einem starken Defizit an Beratungen abschließen wird. Unter allen deutschen Parlamenten marschiert, was Arbeitsfähigkeit betrifft, das preussische Dreiklassenparlament weit an der Spitze.

Die „Kreuzzeitung“ und die Christen.

Die christliche Streikkomödie im Saarrevier hat nicht ganz den Beifall der „Kreuzzeitung“ gefunden, die die christlichen Gewerkschaftsführer sonst so zärtlich hätschelt. Sie weist jetzt den Führern der Christen vor, daß sie durch „Anzeileitung eines Streiks“ (?) im Kohlenrevier einen „argen Mißbehalt“ begangen hätten und beschuldigt sie, „die Leidenschaften durch die unverantwortliche Streikführung auf das Höchste erregt“ zu haben. Im selben Atem versichert sie aber schon wieder, es könne „der christlichen Führerschaft nur zum Verdienste angerechnet werden, daß sie den Erregten talkräftigen Widerstand geleistet haben“, und weist sie ihnen die Aufgabe zu, „daß die Erregung und Beunruhigung der Saarbergleute überhaupt beseitigt wird“.

Die Christlichen können, wie sich hier wieder zeigt, auf die Günstigkeit ihrer hohen Gönner nur so lange rechnen, als sie jeden Streik bekämpfen und den Arbeitern ohne Gegenwehr den Strick über den Kopf werfen lassen. In dem Augenblicke, in dem sie sich auch nur im entferntesten den Anschein geben, als wollten sie noch etwas anderes sein, denn Agenten der kapitalistischen Ausbeutung, zieht sich die Stirne der Proletoren schon in krause Falten. Es ist ja auch daran nicht zu zweifeln, daß die Christen vor den Drohungen der Mächtigen noch weiter mutig zurückweichen und sich mit ebem Eifer der Aufgabe unterziehen werden, die ihnen die strenge „Kreuzzeitung“ vorschreibt. Die christliche Organisation ist ja und kann nichts anderes mehr sein, als die organisierte Unterwerfung der Arbeiter unter das Machthebot des Kapitals.

Die bevorstehende Finanzministerkonferenz.

Eine offizielle Korrespondenz weiß zu der Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister folgende Einzelheiten zu melden: Bei den Beratungen am 4. Januar wird die Reichsregierung eine Vorlage überhaupt nicht vorlegen. Vielmehr werden alle Möglichkeiten einer allgemeinen Vermögenssteuer, wie sie durch den bekannten Reichstagsbeschluss gefördert ist, erörtert werden. Alles Material über diese Möglichkeiten ist den Bundesregierungen von einer Reihe von Monaten in einer Denkschrift übermittelt. Sache der Finanzminister wird es dann sein, bei ihren Beratungen diejenige Steuerform auszuwählen, durch welche der Beschluss des Reichstags, dem der Bundesrat beigetreten ist, erfüllt werden soll. Aus diesem Grunde ist es heute völlig unmöglich, von irgendwelchen Entschlüsse einer maßgebenden Stelle zu sprechen. Auch in Preußen liegt eine solche noch nicht vor; denn sicherem Vernehmen nach hat sich das Staatsministerium überhaupt noch nicht mit der Frage beschäftigt. Nachdem die Finanzminister bei ihren bevorstehenden Besprechungen zu einem Entschlus gelangt sind, wird das Reichsschatzamt an die Ausarbeitung einer Vorlage herangehen, die dann zunächst dem Bundesrat unterbreitet wird.

Die Reicheinnahmen aus den Zöllen und Steuern in den ersten acht Monaten des Etatsjahres 1912 stellten sich um 15,7 Millionen Mark höher gegenüber den Einnahmen im Vorjahre. Es wird am Schluss des Jahres mit einem Ueberschuß von 50 Millionen gerechnet. Diese Mittelteilung wird die Finanzminister freudig stimmen und sie am 4. Januar geneigter machen, den Wünschen der Junker und Agrarier Rechnung zu tragen.

Siberiens Nachfolger. Wie das „Pirische Bureau“ von unrichtiger Seite erfährt, ist die Ernennung des neuen Staatssekretärs des Aeußeren schon erfolgt. Die amtliche Veröffentlichung wird Freitag Abend geschehen. In eingeweihten Kreisen verläutet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß dem jetzigen Unterstaatssekretär Zimmermann die Leitung des auswärtigen Amtes übertragen wird, wenn auch die und da noch davon die Rede ist, daß der Vorkandidat in Rom, Peter v. Jagow, für diesen Posten anzufragen sei.

Benutzung von Wasserkraften. Ein Sejektour, betreffend den Ausbau von Wasserkraften des oberen Quellgebietes der Weser, ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Nach diesem Entwurf wird die Regierung ermächtigt, 9 Millionen Mark für den Ausbau von Wasserkraften im oberen Quellgebiet der Weser zu verwenden.

Ueber die Stellvertretung des Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes haben nach der Meldung einer Korrespondenz die beteiligten preussischen Minister zur Behebung von Zweifeln den Regierungspräsidenten in einem Erlass besondere Vorschriften zukommen lassen. Danach ist in allen Angelegenheiten, die nach der Reichsversicherungsordnung zur Zuständigkeit des Oberversicherungsamtes gehören, der Vorsitzende durch den Direktor, nicht aber durch den ihm als Regierungspräsident beigegebenen Oberregierungsrat zu vertreten. Die Frage ist somit, soweit die in § 61 der Reichsversicherungsordnung aufgeführten Geschäfte in Betracht kommen, durch Bestimmung des Direktors des Oberversicherungsamtes als Stellvertreter reichsgesetzlich geregelt.

Gefängnisstrafen eines katholischen Gesellenvereins. Das Zentrum, das immerwährend die Arbeiter-, Sport- und Geselligkeitsvereine als politische hinstellt, behauptet, die katholischen Vereine hätten mit Politik nichts zu tun. Wie unklar diese Behauptung ist, ergibt sich wieder einmal aus einem Schreiben, das der katholische Männerverein in Hohenlimburg i. W. denjenigen seiner Mitglieder zugeschickt hat, die bei

der Stadtverordnetenversammlung, bei der das Zentrum mit den national-liberalen Scharmachern zusammenging, ihre Stimmen für das sozialdemokratisch-demokratische Kompromiß abgaben. In dem Schriftstück, durch das die renitenten katholischen Männervereinsmitglieder aufgefordert werden, sich „mündlich oder schriftlich bei einem Vorstandsmitglied des Vereins zu äußern“, wird unter anderem gesagt, ob sich die betreffenden Wähler durch die Stimmabgabe für den Sozialdemokraten zur Sozialdemokratie bekennen wollten. Weiter werden die für den Fall, daß sie dies durch ihre Abstimmung für den Sozialdemokraten nicht beabsichtigten, gefragt, weshalb sie sozialdemokratisch gewählt haben. Ein Beweis, wie selbst in Ostien, die keineswegs überwiegend katholisch sind, das Zentrum bestrebt ist, die katholische Arbeiterschaft unter Anwendung aller Mittel vor seinen Parteifarren zu fesseln.

Kolonial-Gerichtshof in Berlin. Die Vorlage über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, die dem Reichstag bereits vorlag, wurde von der Regierung zurückgezogen, da Differenzen entstanden waren, vor allem über die Zusammensetzung des Gerichtshofes. Wie der „Post“ mitgeteilt wird, wird nun in nächster Zeit dem Bundesrat die Vorlage in abgeänderter Form zugehen. Sie steht vor, daß als Richter nur Richter, die sich im vollen Besitz der richterlichen Vorrechte befinden, in Betracht kommen. Als Sitz des Kolonial-Gerichtshofes soll in der Vorlage Berlin anberaumt sein.

Ausland.

Der Wahlrechtsgesetzentwurf in Ungarn.

Seinem Versprechen getreu, hat der Ministerpräsident Tisza Dienstag Mittag dem Reichstage das neue Wahlrechtsgesetz vorgelegt. Es entspricht Wort für Wort dem Gesetz, welches das sozialdemokratische Organ bereits vor vierzehn Tagen veröffentlicht hat. Ohne jegliche Modifikation einzig und allein besagt es, daß eine Wahlrechtsreform notwendig ist. Die Wahlrechtsgesetz gibt, wie die Regierung gestanden, das Gesetz auszudehnen, jedoch nur so weit es die Interessen der herrschenden Klassen gestatten. — Dann wurde der Reichstag bis zum 20. Januar 1913 vertagt. Das Wahlrechtsgesetz wird sehr wahrscheinlich bei der Neueröffnung des Reichstages einer Kommission von 21 Abgeordneten zur Beratung übergeben werden; jedoch sage es die Regierung sehr gerne, wenn die Opposition an der Beratung teilnehmen würde. Darauf ist jedoch gar nicht zu hoffen. Die Opposition erschien auch am Dienstag nicht im Reichstage. Die Straße bot das gleiche Bild wie an früheren Sitzungstagen; die Polizei bildete einen Korridor um das Parlament.

Der Justizminister ist infolge der Unterbreitung der Wahlrechtsvorlage aus der Regierungspartei ausgetreten und hat sein Amt niedergelegt. Der Ministerpräsident ersuchte den Justizminister, mit seiner Demission bis zum 15. Januar zu warten. Der Sohn des Justizministers, auch ein regierungstreuer Abgeordneter, hat bereits in einem Briefe ebenfalls seinen Austritt aus der Regierungspartei angemeldet. Ihm sind weitere sieben Abgeordnete gefolgt, und gibt man sich in oppositionellen Kreisen der Hoffnung hin, daß die Regierungspartei in die Brüche geht.

Die sozialdemokratische Parteilitung wird noch im Laufe des Monats Januar einen außerordentlichen Parteitag nach Budapest einberufen, der darüber beraten soll, wie diesem Gesetz energisch entgegenzutreten werden kann und wie die Aktion feststellt, die während der Beratungen des Wahlrechtsgesetzes im Lande vorzunehmen werden sollen. Eine Million Flugblätter ist bereits in allen Sprachen und nach allen Gegenden hin verschickt worden und die sozialdemokratische Partei rüflet sich zu großen Aktionen.

Stechenzwang in der italienischen Armee? Der unter den Waffen stehende Italiener braucht sich nicht, wie der Soldat der meisten anderen Staaten zum Gottesdienst beordern zu lassen. Es gibt nach dem italienischen Militärreglement keine zwangsweise Abwesenheit mit dem Worte Gottes“. Um so mehr befremdet es, daß der Kommandant des Okkupationskorps vor Tripolis vor Weihnachten allen Zivil- und Militärbeamten ein Ritual gehen ließ, in dem zu lesen stand, daß der Gouverneur offiziell der Weihnachtsmesse einwohnen und es gern sehen werde, wenn die Beamten und ihre Untergebenen auch bei der Feier zugegen wären. In Italien würde kein General es wagen, eine ähnliche Zumutung zu stellen. Sollte man etwa die neue Kolonie als Versuchstation ansehen, um reaktionäre Bräuche wieder anzupflanzen, die man in der Folge in Italien akklimatisieren will? Es steht fast danach aus.

Fehlbauer der Feindseligkeiten in der Cyrenaika. In der Nähe der Großen Syrte, wo das italienische Kommando jetzt festen Fuß zu fassen versucht sowie bei Derna und anderen Punkten der Cyrenaika dauern die Feindseligkeiten der Beduinen

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberger.

4) (Nachdruck verboten.) Er dachte an den Schlaf mit zärtlichen Gedanken, als an das, was er mit seiner Liebe wartete. Im Morgen, als er von der Arbeit kam, hatte er beschlossen, zu schlafen. Ohne seine Arbeitskleider und die eisenschlagenen Holzschuhe abzulegen, hatte er sich am Stroh geworfen und die Augen geschlossen. Aber schlafen... Nein... er konnte nicht schlafen. Des Klappens des Blutes in den Schläfen hielt ihn wach. Er war übermüdet. So blieb er schlaflos liegen bis in den Tag. Dann stand er auf. Zug seine Holzschuhe aus und warf sie von sich. Auch sie schickte er in die Ecke. Er ging an den Ofen und setzte sich an die Bank und unterhielt sich damit, durch eine Spalte des Ofens ins Feuer zu schauen. Die Flammen schlängelten sich und lachten. In dem langen Ofenrohr konnte ein kumpfes Gesicht von dem aufsteigenden Rauch. Es lag schlaf in diesem Gesichte. Herrlich wunderbarer Schlaf. Aber nun sollte er wieder hinaus an die Arbeit. Mit der Hand rieb er ein Schweiß in des Schweiß der Fensterhebe. Und sein Blick schweifte weit hinaus zu den schneebedeckten Bergen. Fern im Norden in einer Talflucht zwischen den Bergen schimmerte ein Gletscher. Im Westen lag eine andere Gruppe mit langen schneehellen Berggipfeln. Das Schneegedöbel wurde härter... Er schrie es beinahe im Schreie von langem Jammer. Ein großer Mann kam klapperten Schuhs am Fenster vorbei. Er trug einen langen grauen Mantel, der ihm bis zu den Knien reichte, und einen Ledergürtel mit Messingknöpfen an der Seite. Seine rote Gesichtsfarbe hatte er über die Ohren gezogen. Aber unter der Mauer der Mägen hing ein graues Gesicht hervor. Es war etwas Unheimliches in seinem Blick. Das ein Bild, das auf den Gletschern verweilt war.

Die Hände am Glodenstrang emporgestreckt, stand er da, ganz keif im Rücken und an den Lenden. Wenn er den Strang zog, bog sich nur die knochen Knie ein wenig. Er läutete lange. Aber es klang gedämpft in der schneebedeckten Luft, die der Klang der großen Glocke nicht recht zu durchdringen vermochte... Junge wandte sich vom Fenster fort. In der Bergkammer war es ganz still. Die zur Nacht hinaus sollten, lagen noch immer unter den stinkenden Lumpen im Stroh... Sie waren von dem Klang der Glocke nicht wach geworden. In einem langen Tisch mitten in der Stube stand ein Rädchen und wusch Tassen in einem Eimer warmen Wassers. Sie hieß Ellen, mit dem Nebenamen Bergstubeamöbel. Und sie war wohl ihre 20 Jahre alt... dick und rund. Ein abgetragener Unterrock hing ihr über die breiten Lenden herab. Zwischen dem Rock und der Jacke lag das Gemd in einer großen Jacke. Ihr schlaggelbes Haar hing in ungekämmten Locken über die Stirn. Mit dem Abwaschlappen rieb sie das Geschirr so kräftig, daß es zwischen ihren Fingern knirschte. Und dann schüttete sie jede Tasse einzeln ab und legte sie zu einem Haufen auf den Tisch. Als nach zu wart sie den Kopf zurück, um das Haar aus den Augen zu schüttern... oder sie redete mit dem tropfenden nassen Fingerring einige Locken hinter Ohr. Am Ofen sah ein alter Mann und schnitt Rautabak mit seinem Goldschnepper. Es war Mac-Gans — der Älteste Bergmann der Grube. Sein Haar und Bart waren weiß wie Bergschnee. Diese Jahre war es her, daß er mit seinem Häufel unten im Bergwerk stand. Aber in seinem Bergarbeiterleben hatte er die Grube nie geliebt. Beschäftigungslos war er eigentlich noch jetzt nicht. In einem Bretterladen neben der Bergkammer hatte er einen kleinen Handel mit Tabak, Speck und Kram. Aber wenn er nicht im Laden war, sah er dort am Ofen — rauchte und erzählte von alten Tagen. Junge ging zu einem Bett hin — dem obersten unter dem Dach, hinten in dunkler Ecke. Er kletterte hinauf und packte einen Korb mit der Faust an der Gendelbrust. Sinn-Morten lag auf dem Bett mit offenem Munde. „Auf Jimmanjan“, sagte er und deutete sich über ihn. Der Mann schreute auf. Er lag dann da und rieb sich mit den beiden Händen über die Nase. „Satan!“ schreute er und starrte nachher. „Es hat gelautet, Morten!“ Junge ging und setzte sich an den Tisch.

Er holte Schwarzbrot und Margarine aus seiner Kiste hervor. Eine Welle sah er da, ohne das Essen anzurühren. Es war ihm zuwider. Er führte einen unangenehmen Geschmack im Munde. Lange Zeit hindurch hatte er nichts anderes als Schwarzbrot und schlechte Kaffeebutter gegessen. Ellen Bergstubeamöbel war fertig mit dem Waschen. Sie trocknete ihre nassen Hände am Unterrock ab. Als sie den Rock emporhob, sah Junge, daß sie krumme Beine hatte. Sie war obenein wie ein Kobold... Nun nahm sie eine Tasse von dem Haufen, goß Kaffee ein und setzte ihn Junge vor. Sie sagte nichts. Aber ihr grauen Augen starrten ihn mit einem halb begehrlischen, halb stumpfsinnigen Blicke. Sinn-Morten kroch aus dem Bett. Seine zerlumten Kleider waren mit kleinen Strohhalmstücken besät. Und er schüttelte sich wie ein Tier, das sich von seinem Lager im Walde erhebt. Er trat auch an den Tisch, setzte sich und begann an einem Stück feinstem Brot zu nagen. Etwas anderes hatte er nicht zu essen. Er hatte vor 14 Tagen sein letztes Kupferstück aus den Taschen hervorgeholt. Und sein Kredit bei Mac-Gans war auch nicht so grundfest. Denn er war arm, Sinn-Morten. Verflucht arm... Keiner sagte etwas. Schlüfrig und bumm saßen die ruhigen Männer da. Junge goß den schwarzen Kaffee in die Untertasse. Er beugte sich darüber, blies, um das Getränk zu kühlen und schlürfte in langen Zügen, ohne die Schale vom Tisch zu nehmen. Die Müdigkeit wurde härter, es war, als wäre er halb im Schlaf. Alles in der Bergkammer erschien ihm wie in einem grauen Nebel gehüllt. Und auch der Nebel war voller Schlaf. Die Worte, die vertrautbar wurden, kamen weit... weit her, von da draußen, aus einer gerchen, dampfen Stube... Es überfiel ihn ein Grauen, hinauszuweichen zur Arbeit. Die Nacht, die lange, kalte Nacht, mit ihrer harten Plage, stand vor ihm wie eine lange, schreckensvolle Zeit. Es gelang ihm nicht, darüber hinaus und an den nächsten Morgen zu denken. Stunde auf Stunde, gleich keinen Einigkeit, sollte er nun an der großen Drechselschnecke haben. Er sah die Stahlscheibe des Ungehens gleich die blinkenden Erze fressen... er hörte das gewaltige Schwärzen klingen. Ein Pfeifender Gang, voll verzehrenden Schmelzes. Und die endlosen Klammern saßen — fürmisch und kalt... (Fortsetzung folgt.)

fort. Unter ihnen sind laut Belohnungsberichten Agitatoren tätig. Zwei solche, die früher im Dienste des türkischen Kommandos standen, wurden jüngst aufgegriffen. Diermit hängt die Verzögerung des Abzuges der türkischen Truppen zusammen.

Die Ministerkrise in Spanien. Der Chef der konservativen Partei Maura hat gestern seine Demission als Deputierter gegeben. Er wird sich von dem öffentlichen Leben vollständig zurückziehen. 22 Deputierte und Senatoren sind seinem Beispiele gefolgt; man glaubt bestimmt, daß alle anderen konservativen Deputierten und Senatoren sich ebenfalls anschließen werden. Maura veröffentlicht im „Epoca“ einen Brief, in dem er die letzte Ministerkrise als Grund seines Rücktritts angibt. In konservativen Kreisen begt man die Hoffnung, daß der König Maura mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werde. Man glaubt, daß eine Neuorganisation der konservativen Partei in zwei Gruppen erfolgen wird: Eine unter Maura, dem Anführer der blutigen Tage von Barcelona und eine zweite unter Leitung der bisherigen Minister. Dieser Brief Maura's in der „Epoca“ ist an den früheren Präsidenten der Deputiertenkammer Dato und an den früheren Präsidenten der Senatorenkammer General Acarraga gerichtet. Maura gibt ferner in dem Brief die Erklärung ab, daß die Krone ihn bei der Neugestaltung des Kabinetts vollkommen ignoriert habe. Er sagt, dies sei der alleinige Grund seines Rücktritts. Die finanzielle Unordnung des Landes sowie die Behandlung der revolutionären Kreise bedeute für die Monarchie eine große Gefahr. Man ist der Ansicht, daß die konservativen Generäle und Stadträte von Madrid ebenfalls ihre Demission geben werden.

Verurteilung des Prozesses gegen den Woborger Magistrat. Der dritte Prozeß gegen den Woborger Magistrat endete mit der Verurteilung des Bürgermeisters und zweier Richter zu je 1/2 Jahre Gefängnis, weil sie die russischen „Geetze“ für Finnland nicht anerkennen wollten.

Verfälschung im Befinden des englischen Vizekönigs. Nach Meldungen aus Delhi ist das Befinden des Vizekönigs weniger befriedigend. Die Wunden stellten sich doch als gefährlicher heraus, als anfänglich angenommen wurde. Die Schmerzen sind ärger geworden, auch hat sich Fieber eingestellt.

Trübsame Telegraphie zwischen Amerika und Europa. Nach einer offiziellen Mitteilung ist eine Nachricht per Telegraphie ohne Tracht vom Eiffelturm auf der Station Vrinpton in Amerika eingetroffen. Die Entfernung zwischen diesen beiden Stationen beträgt 7000 Kilometer.

Parteiangelegenheiten.

Gemeindeauswahlwahlen im bremischen Landgebiet. Die jetzt beendeten Gemeindevorstandswahlen haben für unsere Partei einen günstigen Ausgang genommen. Von den 15 bremischen Landgemeinden sind nur noch drei sozialistischem. In 12 Gemeinden haben wir jetzt 53 Vertreter, was seit den letzten Wahlen vor drei Jahren eine Zunahme von 15 Mandaten bedeutet. Das Klassenwahlsystem, das die Arbeiter noch in Eigentümer (kleines Haus) und Mieter spaltet, für die Mieter die Staatsangehörigkeit fordert und für die Eigentümer nicht, macht es schwer, Mandate zu erobern. Trotzdem haben sich unsere Genossen brav geschlagen. — Im bremischen Kreisstag hat die Sozialdemokratie von 10 Sitzen der zweiten Klasse inne.

Aus der Frauenbewegung.

Das Wunderbare. In einem Artikel über „Ehescheidung und Ehecheidung in England“ behandelt die „Berliner Morgenpost“ das Ergebnis der Kommissionsberatung über Abänderung der Ehegesetze in England. Dort ist die Ehescheidung bis heute mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Es gibt überhaupt nur einen Scheidungsgrund, den einwandfrei nachgewiesenen Ehebruch. In anderen Fällen kann zwar von Ehelosigkeit gesprochen werden, aber die auf diese Weise Getrennten können keine andere Ehe eingehen. Ein neues Gesetz soll Reformen bringen und eine Kommission wurde eingesetzt, das schwierige Gebiet zu beraten und entsprechende Vorschläge zu machen. Selbst die „Morgenpost“ findet, daß der Bericht der Kommission nicht eben radikale Veränderungen des bisherigen Zustandes verlangt, trotz ein werden die Reformvorschläge von den Vertretern der Kirche aufs heftigste bekämpft. Eins aber ist das Blatt in großes Erstaunen. Es teilt mit, daß es „höchst merkwürdigerweise“ einen Punkt gebe, in dem die ganze königliche Kommission völlig einer Meinung sei, und das ist: die absolute moralische Sicherheit der Geschlechter.

Höchst merkwürdig, in der Tat könnte man sich vorstellen, daß je in Deutschland eine Kommission gerade in diesem Punkte zu einer ähnlich vernünftigen Auffassung gelangt? Vermutlich würde man lieber alle möglichen Zugeständnisse machen, aber prinzipiell anerkennen, daß es nur eine Moral für Mann und Frau gibt? Den Frauen gestatten, was dem Mann erlaubt ist? Der Gedanke schon an solche Möglichkeiten erregt das Entsetzen aller deutschen Philister.

Der irische Moment. Auf eine Anfrage des Unterhausmitgliedes Mr. Leif Jones an den englischen Premierminister betreffend die Stellung der Regierung zur Einbeziehung des Frauenwahlrechts in die Reform-Bill, verriet Mr. Asquith auf seine bereits am 17. November 1911 abgegebene Erklärung. In der Faltung der Regierung habe sich seither nichts geändert.

Anfang Februar hofft der Premierminister, die dritte Lesung der Wahlreform beendigt zu sehen. Die ersten Tage dieses Monats werden also vermutlich die Entscheidung über die Frauenstimmrechtsfrage in England bringen.

Aus der Jugendbewegung.

Orgen die freie Jugendbewegung scheint in Bayern jetzt alles zusammenzubrechen zu wollen. Vor kurzem erst ist in Bayern durch den dortigen Bürgermeister, den Führer der bayerischen Kammerliberalen, Dr. Castellmann, ein ganz ungeheurer Schlag gegen das neu geschaffene Jugendheim geführt worden. Er hat dem Vorhange des Jugendauschusses einen Ullas der Bayreuther Schulbehörde übermitteln, wonach bei Schülern und Schülerinnen der Fortbildungsschule verboten wird, das Jugendheim zu besuchen oder „an anderen Orten zusammenzukommen“. dort Vorlesungen zu hören, zu lesen oder sonstigen Zeitvertreib zu huldigen oder Sonntags Ausflüge in die Umgebung zu machen. Für Zuwiderhandlungen gegen das Verbot, das vollständig überwacht werden soll, wird strenge Bestrafung angedroht. Um das jenseitige Verbot nur einigermaßen beachten zu können, hat man eine Jugendorganisation „erschaffen“ und sich dann auf die Bestimmung gestützt, daß Schüler und Schülerinnen der Fortbildungsschulen keinem Verein angehören dürfen. Das erste Erfordernis für einen Verein sind doch wohl ein Statut und die Erhebung von Beiträgen, wovon aber hier nicht im geringsten die Rede ist. Herr Dr. Castellmann wird also seine Drohung kaum wahrnehmen können, denn es geht weder ihn noch die Schulbehörde etwas an, wenn junge Leute Reden durch Anhören von Vorträgen oder durch Lesen aller oder Sonntag in Freigabelesung erwachsenen einen Ausflug machen wollen.

Fräulein patriotischer Erziehung. Unser Wahlkaiser Parteiorgan liefert einen Beitrag zu dem Kapitel: Wie herrlich die vom „Jungdeutschlandbund“ ausgestreute Saat aufgeht. Es schreibt: Es war am letzten Sonnabend im Schauspielhaus, wo im Konferenzsaal der 3. Unterhaltungsabend des Jungdeutschland-Bundes abgehalten wurde. Gleichzeitig gelangte im Theater bekanntlich Meyerleins Schauspiel „Judenreid“ zur Aufführung. Während des zweiten und dritten Aktes entstand plötzlich mehrermale eine solche bestialische Unruhe im Theater, daß die Vorstellung zu stocken begann. Das Publikum drehte sich unter halblauten Entrüstungsrufen nach den Stellen im Hintergrund, wo die Unruhe herzukommen schien. Man riefte nicht was los war und geriet in die größte Aufregung. Das Verdienst, die ganze ergreifende Vorstellung beinahe ungeworfen zu haben, gebührt aber niemand anders, als den Helden des Jungdeutschlandbundes. Eine ganze Anzahl derselben war, vielleicht weil der Zauber im Saale zu wenig Anziehung für sie besaß, auf den Korridoren und Treppen herumgehockt; schließlich genierte man sich sogar nicht, während der Vorstellung die ohne Bewachung befindlichen Türen zum Theater höchst eigenhändig aufzumachen und einzudringen. Die Logenschleier, welche die Dreistigkeit erst später bemerkten, legten die Eindringlinge noch während des Spiels an die frische Luft. Das war es, was im Theater die außerordentliche Unruhe hervorrief. Wir fragen nur: „Was würde für ein Vamento entstehen, wenn Angehörige der Arbeiterjugend das gewisse wären!“ Die Reichsverbandspresse wird um Nachdruck erucht.

Jungdeutschland, Prost! Im Interesse der körperlichen Entwicklung Jungdeutschlands mußte ein Magenstärkungsmittel erkunden werden. Und da Schnaps und Hurrapatriotismus sehr häufig in engen Beziehungen zu einander stehen, ist Jungdeutschlands Name für alle Zeiten mit einem fe. Kräuterlikör verknüpft worden. In der hochpatriotischen Berliner Zeitung, dem „Tag“, fand sich vor Weihnachten folgende Anzeige: Weihnachtsgeschenk für Herren

Jung-Deutschland
feinster Kräuterlikör, appetitanregend, Verdauung befördernd, magenstärkend, geistl. geschützt Nr. 17830
preisgekr. in gold. Med. u. Ehrenkreuz.
Alleinstiger Fabrikant
Emil Schüller, Neuruppin,
Weinagrobldg., Ufer- u. Spritfabrik.
Wehe der Menschheit, wehe den Huren und Wälbern, wenn Jungdeutschland mit diesem Trunke im Leibe losgelassen wird!

Genossenschaftliches.

Der Einigungsantrag der französischen Konsumgenossenschaften ist, wie unser Pariser Korrespondent schreibt, am Sonnabend abend in Tours eröffnet worden. Ueber sechs-hundert Gruppen haben Delegationen entsandt. Mit Ausnahme einiger sozialistischer Föderationen des Nordens sind alle Richtungen vertreten. Die auswärtigen zentralen Organisationen und das Bureau der Genossenschafts-Internationale haben Vertreter geschickt. In einer großen Versammlung, die am Abend in Tours stattfand, sprachen die Führer der französischen Genossenschaftsbewegung, Charles Gido (von den „Neutrals“), Deltès, Voisson (von den sozialistischen Föderationen) und der sozialistische Abgeordnete Thomas. Der Kongreß wird drei Tage dauern.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Januar.

Was ist freikonservativ?

Diese Frage sucht unser Breslauer Gymnasialprofessor Dr. Seiffert in der neuen Wochenschrift des früheren Kulturkonservativen Dr. Grabowsky „Das neue Deutschland“ zu beantworten. Er tut dies in der Form, daß er den Unterschied zwischen Konservativen und Freikonservativen klarzumachen sucht. So schreibt er:

War mancher steht in politischer Hinsicht auf durch aus konservativen Standpunkt, sträubt sich aber, der konservativen Partei oder einem konservativen Verein beizutreten, ja selbst konservativ zu stimmen, weil er mit dem Verhalten der konservativen Partei in geistigen und kulturellen Fragen nicht einverstanden ist. Unsere Wege begreifen sich zu scheiden, wenn wir auf das geistige Gebiet kommen. Die deutschkonservative Partei ist in überwiegender Mehrheit ihrer Mitglieder religiös orthodox, der freikonservative Standpunkt ist der der unbedingten Toleranz. Wir bekämpfen die Auswüchse des Konfessionalismus. Sehr oft haben sich unsere Wege von denen der Deutschkonservativen getrennt bei den Fragen nach dem Verhältnis von Kirche und Schule. Auch wir wünschen eine religiöse Erziehung der Jugend; aber wir wünschen nicht, daß die Selbstständigkeit der Schule durch kirchliche Organe eingeschränkt wird. So bestehen scharfe Grenzlinien nach allen Seiten. Aber sie sollen auch bestehen, und wir wollen sie nicht verwischen. Wir wollen im Gegenteil die beiden Elemente im Namen freikonservativ gleich entschieden betonen und erklärend hervorheben: frei in geistiger und kultureller, konservativ in politischer Hinsicht.

Die freikonservative Partei ist aber überhaupt nur ein künstliches Gebilde, das nur davon leben kann, daß es von rechts sowohl wie von links Stimmen zu gewinnen sucht. Mit dem „frei in geistiger Beziehung“ hat es aber bei den sogenannten „Freikonservativen“ erst recht sein Über. Für das Minimum von religiöser Toleranz, das sie verlangen — vor allem für sich selbst — tauschen sie einen Scheffel voll politischer Unterdrückung und Rechts-machung der Sozialdemokraten herzensgern ein. Gegenüber der Arbeiterklasse herrscht auch bei den Freikonservativen nichts weiter als Toleranz und Freiheit — Stumm, Kardorff, Bedlitz, Liebert u. w. sind doch alle recht freikonservativ!

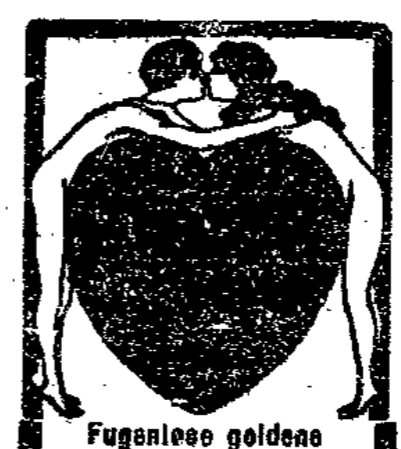
Was ist eine geschlossene Gesellschaft?

Nicht nur in Breslau, nein auch in der Provinz erfreuen sich die Veranstaltungen und Feste der organisierten Arbeiter der sorgsamsten behördlichen Beachtung. Auf die genaueste Erfüllung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen wird streng gesehen, und in den meisten Fällen entdecken die überwachenden Beamten gemächlich eine, wenn auch noch so geringfügige „Ungeheuerlichkeit“. Mit der alten Streitfrage: „Was ist ein geschlossenes Be-zugsverhältnis?“ oder: „Was ist eine geschlossene Besamung?“ haben sich demzufolge die Gerichte bis in die obersten Instanzen hinauf, fortwährend zu befassen. In dem Buch der vielen besprochenenartigen Entscheidungen, weiß sich ein Mensch mit normaler Rechtsverständnis und nicht mehr zurechnungsfähig. Die Geschäftsstelle Deutsch-Ostsee des Deutschen Arbeiterverbandes wollte im Herbst 1912 ein Rekrutenabschiebungswort für die Mitglieder des Verbandes beschaffen. Die hierzu nach-gesuchte polizeiliche Genehmigung wurde verweigert. Der Vorsitzende der Geschäftsstelle, Genosse Sommerberg, in Deutsch-Ostsee arrangierte einige Zeit später, am 7. September, im Lokal der Geschäftsstelle Berta Leupold in Klein-Seldau ein Sammel-gesellschaftliches, das von etwa 100 Mitgliedern des Verbandes zum Teil mit ihren Angehörigen und nachgehenden Bekannten besucht wurde. Da es sich um ein gesellschaftliches Be-zugsverhältnis handelte, das nicht des Ansehens halber unter-geordnet war, nahm auch von einer sozialistischen Anmeldung die

Kranzhens Abstand. Der Vorstand der Zählstelle hatte 150 Ein-trittskarten ausgeben. Eine strenge Kontrolle wurde an den Eintrittskarten gehalten; nur Mitglieder wurden zugelassen. Soweit Gäste eingelassen wurden — was übrigens nur in beschränktem Umfang geschah — mußten die Mitglieder diese, als von ihnen eingelassen, ausweisen. Personen, die unbekannt an dem Be-ganglichen teilnehmen wollten, sind hinausgewiesen worden. Das Vergnügen trug also durchaus den Charakter der Ge-schlossenheit. Der Gendarmereivortwachmeister Peil aus Deutsch-Ostsee will jedoch gesehen haben, daß die Saalkontrolleure jeden ohne weiteres einließen, der keine Karte vorzeigte. Ein „gan-zer Schuß“ habe sogar den Saal betreten, ohne daß jemand nach einer Karte gefragt hätte. Weil auch auf den Einladungs-karten gedruckt stand: „Freunde und Gönner“ sind freundlich eingeladen, schickte der Amtsvorsteher von Deutsch-Ostsee dem Ge-nossen Sommerberg einen Strafbefehl über 1 1/2 Mark Geldstrafe oder drei Tage Haft wegen Veranlassung einer öffent-lichen Tanzlustbarkeit ohne die erforderliche polizeiliche Ge-nehmigung. Einen gleichen Strafbefehl bekam die Gasthof-besitzerin Frau Berta Leupold in Klein-Seldau zugestellt, in deren Lokal das Kranzhens abgehalten wurde. Das Schöffengericht in Neumarkt hatte sich mit den Einsprüchen gegen die Strafbefehle zu befassen.

Es kam, gestützt auf die Anklage des Gendarmen zu der Ueberzeugung: es kann garnicht zweifelhaft sein, daß die Form des Verweises der Einladungskarten vom Angeklagten lebhaft ge-dacht worden ist, um die gerichtliche Veranlassungs-erlaubnis zu umgehen. Auch der Lokalbehörden hätte das nicht ent-gehen dürfen. So sagte das Neumarkter Schöffengericht und verwies die Einsprüche. Die Verurteilten legten Berufung ein. Vor der vierten Breslauer Strafkammer wurden am Donner-stag drei einwärtsfreie Einlassungskarten geübt, durch deren Ausgaben das Zeugnis des Gendarmen erschüttert wurde. Der Abgeordnete Georg Scholz und der Dachdecker Paul Neumann aus Deutsch-Ostsee sowie der Kellner Paul G. D. p. fert aus Breslau bekundeten übereinstimmend, daß streng auf die Verzeigung der Eintrittskarten gesehen wurde. Be-züglich der Angeklagten Leupold wies Rechtsanwalt Bandmann darauf hin, ihr habe jede Maßlosigkeit gefehlt, festzustellen, ob Personen an Kranzhens teilnahmen, die zum Holzarbeiter-Ver-band in keiner Beziehung standen. Nicht nur aus tatsächlichen, sondern vielmehr aus rechtlichen Gründen rechtfertige sich die Freisprechung beider Angeklagten, meinte der Verteidiger. In einer noch nicht endgültig entschiedenen Strafsache gegen Genos-sen K. a. s. hat das Kammergericht am 23. November 1912 ausdrücklich gesagt: „Eine geschlossene Gesellschaft hat nicht zur notwendigen Voraussetzung, daß die innerliche Verbindung auf persönlicher Beziehungen beruht. Die Verbindung kann auch allein auf der Gemeinamkeit des sachlichen Zweckes begründet sein.“ Dieser Auffassung ist auch das Oberverwal-tungsgericht neuerdings beigetreten, nachdem es früher Urteil vom 4. Januar 1895, S. 125, 27 S. 423) als Land wach-selsteller persönlich Beziehungen als Vorbedingung für die geschlossene Gesellschaft gefordert hatte. In dem Urteil vom 4. Juni 1909 hat das Oberverwaltungsgericht die Veranlassung eines in Magdeburg bestehenden Wahlvereins trotz seiner großen Mitgliederzahl als nicht öffentlich anerkannt. Diese rechtlichen Ausführungen veranlaßten selbst den Staatsanwalt Dr. Gläyer die Freisprechung der Angeklagten zu beantra-gen. Das Berufungsgericht unter dem Vorsitz des Landgerichts-rat Heintze hob das Neumarkter Schöffengerichtsurteil auf und sprach beide Angeklagten auf Kosten der Staats-kasse frei.

Entlassung wegen Vertrauensbruch. Der Handlungsgeschäfte Goldberger, der in der Polzhandlung von Kallst. u. Co. in Stellung war, ist entlassen worden, weil er einer Firma gegenüber, wo er eintreten wollte, und die jährlich für hunderttausende von Mark Bretter aus dem Holzgeschäft von Kallst. bezieht, geküßert hat: „Wenn ich in Ihr Haus unterkomme, würde ich dafür sorgen, daß Sie bei weiterem Bretterbezug aus der Handlung 25 Prozent Uebermaß erhalten.“ Diese Ueberhebung überbrachte der Inhaber der Firma Herr Kallst., worauf die sofortige Entlassung des G. erfolgte, weil darin ein großer Vertrauensbruch gefunden wurde. G. befand sich in geküßelter Stellung. Der Arbeitgeber war der Ansicht, wenn ein Angestellter sich dadurch eine Stellung verschaffen will, daß er angibt, er würde seinen Chef schädigen, da er die Sache gut verstehe, so macht er sich in seiner Stellung unmöglich. Der Kläger, der für 3 Monate entschädigt sein wollte, räumte ein, die Ueberhebung getan zu haben, jedoch wäre es ihm garnicht eingefallen, die verlagte Firma zu schädigen, schon deshalb nicht, weil er bei der Firma, die dem Verklagten die Mitteilung gemacht selbst grobe Unregelmäßigkeiten in ihrem Geschäftsbetrieb fest-gestellt und dies auch dem Verklagten hinterbracht habe. Das Kaufmannsgericht erblühte, in der Handlungsweise des Klägers einen großen Vertrauensbruch und wies ihn deshalb mit der Klage ab.



Fugelness goldene
Trauringe
ohne Lötstelle aus einem
Stück gestanzt,
Platten dieser Ringe aus-
geschlossen.
Patent Verfahren.
555 gest. gestomp.
Paar 8, 9, 10, 12, 14, 16 M.
585 gest. gestomp.
Paar 20, 22, 24, 26 M.
Feingold
890 gest. gestomp.
Paar 28, 32, 36, 40 M.
Durch Massenabgabe u.
großen Umsatz bin ich in
der Lage, äußerst billig
Kleider zu können. 4273
Schriftliche Garantie.
Gravieren gratis.
Paul Alter
Uhren- u. Goldwarenhaus
jetzt Kapitalvermehrung 17
u. u. u. u.
Dankschreiben.
... mit den gesandten
Trauringen bin ich sehr
zufrieden, dieselben sind
10 Mark billiger als hier
am Platze.
Reinhold Ristow i. K.

Bei telephonischen
Anfragen zc.,
welche die Inseraten-Konsum-
Expedition oder Buchhandlung
der „Weltmacht“ betreffen, ist
nur die Fernsprechnummer
1206
zu benutzen.
Wer dagegen mit der Redaktion
der „Weltmacht“ sprechen will,
brauche nur die Fernsprechnummer
3141

Soeben in 2. Auflage
erschienen
Hermann Wendel
Die Fleischwucher!
Die Gottesgnadentum!
Wegen angeblicher
Majestätsbeleidigung
konfiszirt gestempelt
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch unsere
Expedition u. Rolporters.

Voranzeige

Montag, den 6. Januar

beginnt unser

Inventur-Ausverkauf

der auch diesmal an Reichhaltigkeit und seltener Preiswürdigkeit

alles bisher Gebotene bei weitem übertrifft.

Beachten Sie

gefälligst die aussergewöhnlich vorteilhaften Angebote in unserem nächsten Sonntags-Insert.

Spezialhaus für Damen-Kleiderstoffe

Goldstein & Rettig

Hintermarkt 2-3 Breslau gegenüber der Magdalenenkirche. 7971

Achtung!
Gold- u. Silberarbeiter, Graveure u. Biseleure
Montag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn
Kaufmann Stabel, Kl. Schlegelgasse Nr. 10, unser
Branchen-Versammlung statt.
7975 Die Branchenleitung.

Achtung!
Zentral-Berband der Maschinisten und Heizer
Zahlstelle Breslau.
Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 2 Uhr,
bei Restaurateur Molare, früher Kranz, Seidenstraße 12/14:
Ordentliche General-Versammlung.
Da die Neuwahl der Ortsverwaltung erfolgt, ist es Pflicht
eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
7976

Achtung!
Bohrleger und Helfer!
Sonntag, den 5. Januar, früh 10 Uhr,
im Café-Restaurant, Karlsstr. 57:
Branchen-Versammlung.
Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Die Branchenleitung.
7991
Achtung! Bauarbeiter! Alle auf Bauten beschäftigte
Metallarbeiter sind mit gültigen Legitimationskarten versehen.
Metallarbeiter, welche nicht im Besitz einer Karte sind, gelten
als nicht organisiert.
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes.

Achtung!
Brieg!
Sonntag, den 5. Januar, vormittags 9 Uhr,
bei Reichelt, Oppelnerstraße:
Inferordentliche Zimmerer-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung vom 4. Quartal.
2. Budgetbeschluss für den Baujahr.
3. Winterberufungsleistung.
4. Beschiedenes.
Am zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
7963

Am 30. Dezember v. J., abends 9 1/2 Uhr, verschied nach
kurzem schweren Leiden im Alter von 41 Jahren unser lieber
Vater
Karl Basler.
Wir bedauern den Hinschied tief und werden ihn
als ein ehrenvolles Andenken bewahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Die Mutter und Brüder der Bahngesellschaft
Silesia, Weischwitz.
Beerdigung: Sonnabend, den 4. Januar, nachmittags
3 1/2 Uhr, in Olschitz.
7965

Jauer.
Fabrikarbeiterverband
Sonntag, den 5. Januar, nachm. 8 Uhr:
Versammlung
im „Adler“. — Auswahl der Vorstände.
Gewerkschaftskartell
Montag, den 6. Januar, abends 8 Uhr:
Sitzung im „Adler“. 7992

Stadt-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
(Schöneberg Opernreihe).
„Der Trombadour“.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
Abends 7 1/2 Uhr: 7972
(Schöneberg Opernreihe).
„Madame Butterfly“.
Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Kammerjägers
Carl Braun
„Margarete“.

Lobe-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr: 7972
„Ariadne auf Naxos“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Ella Kobold
Am 1. Male:
„Königliche Christin“.
Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Säusel und Gretel“.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Ella Kobold
Am 2. Male:
„Königliche Christin“.

Thalia-Theater
Freitag: Gumboldt-Bericht.
Abend: Gumboldt-Bericht, Neue Karten.
„Lange“.
Sonntag 7 1/2 Uhr: 7733
„Königliche Christin“.
Freitag und Sonntag:
von 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-
Theater.

Schauspielhaus
Freitag 8 Uhr:
Gastspiel Henry Bender
„Parkett Nr. 10“.
Sonntag 8 Uhr:
Gastspiel Henry Bender
„Parkett Nr. 10“.
Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die Welt ist“.
Abends 8 Uhr: 7735
„Der liebe Augustin“.

Viktoria-Theater
„Autollebchen“
Anfang 8 Uhr. 7719

Zeltgarten
Grosse Internationale
Ringkampf-
Konkurrenz
Heute Freitag ringen:
Eriksen — Herzog
(Dänemark) — (Schweiz)
Bellingrath — Pedersen
(Hamburg) — (Kopenhagen)
Entscheidungskampf:
P. van Andree — A. Beckling
(Danz. v. Schw.) — (Landsberg v. Schw.)
Vorher das brillante Programm.
Anfang 8 Uhr.

Union-Theater
Graupenstr. 6, Karlsplatz
Ganz Neu in Breslau:
Panther-
Katze
Erweiterte Künstler-Tragödie
in 2 Akten mit Erklärung.
von G. nocente Schlager
7917

Café Fürst Blücher
Neustadtstr. 11-12.
Tägliche Künstler-Konzerte
von 3 Schülern u. 1200, 1400 u. 1600.
Tag u. Nacht geöffnet. Erstes warmes Kaffee.
3 erstklassige Billards.
Anfang der Fremden.
Es lebt! ergötzt die:
7917

Lieblich's Etablissement.
Das brillante
Januar-Programm!
7718] Anfang 8 Uhr.

Restergeschäft
7988
wird anständigen Leuten unter günstigen
Bedingungen eingerichtet. Einzahlung erforder-
lich. Preis nachstehend. Offerten unter
D. E. 1188 an Rudolf Mosse, Dresden.

Sandberg bei Herrnprotsch
7987 Heute Sonnabend, den 4. Januar:
Grosses Gesellschafts-Kränzchen
wozu erbenet einladet
A. Hezenbart.

Die Französische Revolution in W. u. Bild.
Interessanter Text — 250 meist ganzseitige Abbildungen
— nur 3.00 Mark.
Zu beziehen durch die Expedition und die Korrespondenz.

Kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
Gefahreter Kinderwagen wird zu kaufen
gesucht. Gasse, Tauschstr. 110. 7984

Vermietung
Wohlfühleres Zimmer (einstufig) sucht
Stilles, ruhiges, möbliertes Zimmer, möglichst Ober-
boden, preiswert. abzugeben bei Herrn
Junkerstr. gegenüber Röhling. 7983 dieser Zeitung.

Trauerhüte
in größter Auswahl und
billigsten Preisen 6355
Hulda Siedner
Schmiedebrücke 15/16
Ede Kupferschmiedestr.

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.
Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“
keine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Miet-
gesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl. in den
„Kleinen Anzeiger“ der „Volkswacht“.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Vorstellung (Jagd) die Schirm-... (unvollständig)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Januar.

Stadtverordnetenversammlung.

Zweihundvierzig neu- und wiedergewählte Stadtboten hielten gestern nachmittag ihren Einzug in den Stadthaus...

Nach der Verpflichtung nahmen die eingeführten Stadtverordneten ihre Plätze ein, sieben davon begaben sich in die sozialdemokratischen Bänke...

Dafür griffen sie bei einigen anderen kleinen Vorlagen ein. Genosse Schollig gestellte die Tendenz gewisser Privat-eigentümer, die Stadt als melkende Kuh zu betrachten...

Den letzten Beratungsgegenstand der gestrigen Sitzung bildeten die Baumerke zum Großschiffahrtswege für den die Ausschüsse II und IV die Forderung einer Doppeldeckleiste bei Kanälen empfohlen hatten.

Der Vorsteher schloß nach diesen Auseinandersetzungen ziemlich unvermittelt die Sitzung, Kienopfleuer, Hundessteuer, Selterwasserfabrik, Krankenkassenbeschlüsse u. dgl. auf die nächste Versammlung verlagend.

Theaterdebate.

Ueber die Anstellungsverträge für das Stadttheater berichtet Stadtv. Dr. Goldschmidt (lib.). Der Magistrat ersucht um die Genehmigung, Anstellungsverträge nicht nur für ein Jahr, sondern auch auf zwei bis drei Jahre abzuschließen zu dürfen.

Stadtv. Dr. Bujakowski (konf.) hält es nicht für nötig, Verträge auf länger als ein Jahr abzuschließen. Von vornherein müßte Klarheit darüber herrschen, daß für alle, auf mehr als ein Jahr angestellten der Intendant die volle Verantwortung zu tragen habe.

Stadtv. Perl: Ich kann dem Herrn Berichterstatter nur erwidern, von den Künstlern ist niemand gekündigt worden. Die mündlichen Solikten, abgesehen von zwei, sind sämtlich mit uns einen neuen Vertrag eingegangen.

es nicht. Auf eigene Faust wird das der Magistrat niemals tun. Was die Dauer der Verträge angeht, möchte ich hervorheben, daß eine dreijährige Vertragszeit nicht zu lange ist.

Stadtv. Stein (lib.): Wie die Sache liegt, muß ich wünschen, daß der Magistrat im Einverständnis mit dem Intendanten die Verantwortung für die Künstler und die ganzen Theaterverhältnisse übernimmt.

Stadtv. Bujakowski (konf.): Es handelt sich für mich nur darum, daß der Intendant entscheidenden Einfluß auf die Anstellungen hat. Der Intendant ist zwar vom Magistrat ange stellt, er ist uns aber doch verantwortlich, denn in drei Jahren können wir abrechnen und sehen, ob er uns genehm ist oder nicht.

Stadtv. Dr. Milch (lib.) ist ebenfalls dafür, dem Intendanten von vornherein einen entscheidenden Einfluß auf alle Anstellungen einzuräumen. Man hätte ihn deshalb bald anstellen sollen. Vielleicht kann er sein Amt ein halbes Jahr früher antreten.

Stadtv. Dr. Perl: Der Intendant ist vom 16. Mai an angetreten.

Stadtv. Wohlfahrt (lib.): Die Stadtverordneten-Versammlung ist nicht berechtigt, zu sagen, ein Künstler kann nur dann vertraglich verpflichtet werden, wenn der Intendant einverstanden ist. Das ist nach unserer städtischen Verfassung nicht zulässig.

Oberbürgermeister Matting: Ich habe nicht geglaubt, daß diese Vorlage eine so ausgiebige Auseinandersetzung hervorgerufen wird. Es ist doch beim Theater, wie bei den übrigen Verwaltungen, daß sich der Magistrat des Intendanten bedient und seinen Rat einfordert, aber die eigentliche Verantwortung trägt der Magistrat.

Stadtv. Ehrlich (natlib.): Unrichtig ist die Darstellung des Herrn Oberbürgermeisters, wonach die Stadtverordneten dem Magistrat die Intendantur angefragt hätten. Wir haben die Intendantur nur als das Menschenwürde bezeichnet und der Magistrat hat zu unserer Freude den vorgeschlagenen Weg beschritten.

Oberbürgermeister Matting: Ich muß noch feststellen, daß diese Vorlage auf Ihre ausdrückliches Ersuchen gemacht worden ist. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung müssen gemeinschaftlich die Verantwortung für die beschlossene eigene Verwaltung tragen.

Stadtv. Dr. Goldschmidt (lib.): Herr Bujakowski muß ich sagen, daß es sich doch bei den gegenwärtig zu schließenden Verträgen um ein Uebergangsstadium handelt, da der Intendant noch nicht zur Stelle ist. An der Anstellung eines Intendanten ist der Magistrat genau so mitschuldig wie wir. Hoffen wir, daß sich die Einrichtuna bewährt, sodas beide Teile von einem Schuld freigesprochen werden.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

Städtische Milchwirtschaft.

Die auf dem städtischen Gute Riemberg erzeugte Milch, die bisher in den städtischen Milchfabrik verbraucht wurde, soll in Zukunft verkauft werden. Stadtv. Scholz I (konf.) als Referent bemerkt, ob man anderwärts bessere Milch für die Milchfabrik finden könne, die fünf Jahre lang brauchbar gewesen sei. Er wünscht nochmalige Prüfung der Frage, ob die Milch nicht doch besser von der Stadt selbst weiter zu verwerten sei.

Stadtv. Hoffmann: Es ist uns nicht möglich gewesen, die Milch im Sommer vom Gute Riemberg so kalt zu liefern, wie es verlangt wird.

Stadtv. Löh: Herrn Scholz' Empörung wird ich möglichen, wenn er hört, daß es nicht möglich war, bei der weiten Entfernung des Gutes Riemberg die Milch so einwandfrei in die Stadt zu bringen, als es die Gesundheit der vielen Säuglinge erforderlich macht. Zu warme Milch, die unter dem langen Eisenbahn- und Landtransport geküht hat, stiftet eine schwere Gefährdung der Kinder; deshalb mußte der Vertrag gelöst werden.

Stadtv. Hoffmann (konf.): Ich hatte seinerzeit beantragt, besondere Gefäße für den Milchtransport anzuschaffen, welche die

Stadt-Theater.

„Götterdämmerung“ von R. Wagner.

Am Donnerstag gastierte ein gar berühmter Bassist als Hagen. Herr Karl Braun aus Wiesbaden. Im allgemeinen gilt Hagen als eine unbekannte Partie; in Wahrheit ist er der Mittelpunkt des letzten Teiles im „Nibelungenring“.

Varietes.

Zeltgarten. Die Juni der Männer mit dem Stier-maden und den eisernen Muskel hat im Zeltgarten ihren Einzug gehalten; um in einer großen internationalen Ringkampf-konkurrenz um die Meisterschaft von Deutschland und um 6000 Mark bares Geld zu kämpfen.

missen, denn für diese Hände sind selten Handschuhe vorräthig. Vertreten sind die „Champions“ und „Reislerhastinger“ aus aller Herren Länder. Neben Johan Palm, dem „Schreden von Sibirien“, nimmt auch der gutmütige Breslauer Metall-arbeiter Adam an der Konkurrenz teil.

Dem Ringkampf voran geht ein kleiner Spezialaktentheil, bei dem die beiden Exzentriks Omer und Satt mit ihren hochkomischen Darbietungen wirklich Vorzügliches und auch Neues liefern. Mit der holländischen Sourette von Bergen, dem Humoristen Richard Golded und der Sourette Car-men-Violetta kann man schließlich noch zufrieden sein.

Aus aller Welt.

Premierenkritik vor der Brem. etc. Hermann Sudermanns neues Schauspiel „Der gute Ruf“ hat schon vor seiner Berliner Uraufführung allerlei unangenehme Abenteuer zu bestehen. Zunächst für das Berliner Komödienhaus bestimmt, ging das Werk nach dem Zusammenbruch der ersten Direktion dieser Bühne an das Deutsche Schauspielhaus über, das die erste Vorstellung für den 7. d. Mts. angekündigt hat.

vor der Uraufführung aber erlebt es — ganz wider-guten und wohlberechtigten Kritikerbrauch — eine Bespre-chung in dem Theaterfachblatt „Die Schaubühne“; eine Besprechung, die, wie das genannte Organ selbst in einer an die Zeitungen versendeten Mitteilung angibt, „dem Werk infolge seiner Qualitäten eine wenig günstige Zukunft voraussetzte“.

Unfijn ist, einem für schlecht erklärten Stücke dadurch besondere Wichtigkeit zu verleihen, daß man sensationell seine angebliche Schleichfähigkeit schon acht Tage vor der Geburt verkündet. Ueberhaupt scheint die „Schaubühne“ auf eine merkwürdige Art Reklame für sich zu machen. Ist es doch nicht das erste Mal, daß sie die Augen der Öffentlichkeit auf sich lenkt.

Studentinnen als Fugitive. Aus Rußland wird den „L. R. N.“ geschrieben: Ein Gefängnisdirektor, der mit seinen weiblichen Gefangenen unzufrieden war, hatte sich eine ganz absonderliche Strafe eronnen. Seine hauptsächlichsten Gefangenen waren Studentinnen, die sich politischer Vergehen schuldig gemacht hatten. Die Studentinnen und andere Frauen, die seiner Gewalt unterstellt waren, wurden zu sechs oder acht vor seinen Wagen gespannt und mußten hier die Zugspitze erziehen, wenn er irgend welche Ausfahrten unter-nahm. Er selbst stand dabei hochaufgerichtet in seinem Wagen, hielt in der linken Hand die Zügel, in der rechten Hand eine russische Peitsche und trieb mit breitem Lachen und frechen Schimpfreden die Frauen an. Nicht selten klatschte dabei auf irgend eine Frau, die entsetzt schmach geworden war oder die seine Liebe nicht erwidert hatte, die Peitsche hernieder. Vieles Bild war selbst für das schwärzeste Rußland zu arg. Anfangs murkten die Bauern. Aber niemand wagte es, irgend ein lautes Wort gegen den gewaltigen Mann zu sagen, da er sich nur der Jörn des Nachthabers zugegen hätte. So hatten die Bauern fast täglich den Anblick dieser empörenden Robott. Endlich faßten sich mehrere ein Herz und sendeten an den Gouverneur eine Darstellung des Falles. Der Gouverneur untersuchte die Angelegenheit und von diesem Tage an unterblieben die Fahrten bei denen die Frauen die Quattere spielen mußten. Man hat aber bisher noch nichts gehört, daß der Gefängnisdirektor, der sich solche haarsträubenden Uebrigriffe zu Schulden kommen ließ, bestraft oder seines Amtes entsetzt worden wäre. Schon früher erzählte man sich, daß in dem Gefängnis, das diesem Direktor unterstellt ist, die haarsträubendsten Mißhandlungen von Frauen vorzunehmen sollen, ohne daß bisher jemand dagegen einschritt.

Durch Sportfanatismus hervorgerufene Ausschreitungen. Bei dem vierten französisch-schottischen Fußballmatch, das am 1. Januar in Paris auf der Bringenparadebahn stattfand, ist es leider zu sehr bedauerlichen Ausschreitungen gekommen. Die französische Mannschaft wurde von den Schotten mit 2:3 Points geschlagen. Diese Nieder-lage, vielleicht auch die parteiische Haltung des schottischen Schiedsrichters Mr. Baxter, erbitterte die an 25 000 Personen zählende Zuschauermenge sehr. Es wurde gepöiften und ge-schrien; als das Resultat bekannt war, durchbrach das Publikum die Schranken. Der Schiedsrichter sah sich durch eine rasende Menge umzingelt. Es wurden Steine auf ihn geworfen und er konnte nur mit Mühe durch seine Bediente und durch Polizisten geschützt werden. Er rettete sich auf die Tribünen. Aber das Publikum bewoß ihn auch hier mit Ries und schrie nicht minder. Im Laufe des Abends wurde ein schottischer Sportmann durch einen Steinwurf an der Lippe verletzt. Mehrere Verhaftungen mußten vor-genommen werden.

Misch kühl halten, aber es gibt offenbar nicht so große Gefäße dieser Art, wie sie gebraucht werden. Nach einem Schlusssatz des Berichterstatters wird die Vorlage angenommen.

Zur Stauffe in Mansern.

Das Gutachten der Ausschüsse über die Vereinbarungen mit der Staatsregierung in der Frage der Stauffe bei Mansern gab Stadtd. Muggan (ltb.). Da der Redner sehr leise sprach, blieben seine Ausführungen fast völlig unverständlich. In den Ausschüssen hat man sich bereit erklärt, die Kosten für die bessere Einlegung der Dächer am Rehdalberge (etwa 140.000 Mark) zu tragen und das zum Manserner Schleusenbau und den Nebenarbeiten nötige städtische Land im Umfange von 15 bis 16 Hektar unter den Bedingungen des Vertrages herzugeben, wenn das Manserner Wehr auch für den Winter betriebsfähig hergestellt wird. Als einen Fehlbandschub, den die Regierung der Stadt hingeworfen, bezeichnet Redner ein Schreiben des Oberpräsidenten an den Magistrat, wonach die von den Ausschüssen gestellten Bedingungen für die Staatsregierung nicht annehmbar seien und daß ein derartiger Beschluß den Bau der Schleule aber des eisernen Wehres bei Mansern vollständig in Frage stellen könne. Der Redner empfiehlt, trotz dieses Schreibens, die Ausschüssebeschlüsse anzunehmen. — Stadtd. Dr. Hanke (ltb.) als zweiter Referent schloß sich dem an.

Stadtd. Dellberg (ltb.) beantragt, die Vorlage an den Ausschuß II zurückzuweisen. Ueber die Notwendigkeit der Stauffe wird kein Zweifel sein. Es fragt sich nur, in wessen Interesse sie liegt. Entscheidend ist für mich, daß es sich hier um ein großes Unternehmen handelt, bei dem Stadt, Provinz und Staat beteiligt sind. Deshalb möchte ich es nicht zu einem Konflikt mit dem Staat kommen lassen und nicht vom Fehlbandschub sprechen, wie der Herr Berichterstatter gemeint hat. Mir liegt daran, eine Verständigung herbeizuführen, damit wir in der Bauausführung nicht um ein Jahr oder noch länger zurückgefallen werden.

Oberbürgermeister Matting: Die zur Entscheidung stehenden Fragen sind sehr schwierig. Kurz und gut, es ist dankenswert, daß uns Gelegenheiten gegeben sind, uns über die Sache auszusprechen. Ich möchte Sie bitten, das Schreiben des Oberpräsidenten nicht mißzuverstehen und als einen Fehlbandschub anzusehen. Es soll nach meiner Meinung lediglich aufklären und uns ersuchen, den Beschluß noch einmal zu überlegen. Ich bitte Sie, ohne jede Vorurteilbarkeit nochmals an die Sache heranzugehen und sie zu prüfen.

Stadtd. Wierschowsky (ltb.) begründet den Antrag gegen die Vorlage zu unterstützen und ersucht, diesen Antrag wieder dem Ausschuß II mit zu überweisen.

Der Berichterstatter Stadtd. Muggan (ltb.) befürwortet nochmals den Ausschußantrag. Die Vorlage wird an den Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Enteignungsverfahren.

Um eine Verbreiterung der Lorenzgasse zu ermöglichen, ist es nötig, gegen die Kammergräber von Schüller und Götter ein Enteignungsverfahren einzuleiten, um das nötige Land zu erhalten. Stadtd. Schollh (Soz.) empfiehlt als Referent die Annahme der Vorlage. Der Fall ist typisch dafür, wie die Kapitalisten sich zu den Fragen des Gemeinwohlens stellen. Die Firma will das nötige Land freiwillig an die Stadt abtreten, verlangt aber 53 bis 84 Mk. für das Quadratmeter, der in jener Gegend mit 15 Mk. gut bezahlt ist. Diese 15 Mk. hat der Magistrat geboten, da aber die Firma auf dieses Gebot nicht eingehen will, sondern aus dem Bedürfnis der Stadt einen besonderen Vorteil für sich herleiten will, ist das Enteignungsverfahren geboten. Die Vorlage wird genehmigt.

Der Ausschuß überwies die Vorlagen wegen Anschließung eines Astells im Pflegehause zu Herrnprotisch und wegen Beschaffung einer Schienenbiegeeinrichtung für die Straßenbahn.

Der Ankauf einer Grabschener Fläche an der Umgebungsbahn wurde genehmigt.

Der Ankauf der Zuvendungen des Professors von Stojanin im Werte von 16.530 Mark und der Lokomotivführerschleife Roje im Werte von 8700 bis 9000 Mk. jähmte die Verammlung zu.

Die Anschaffung einer Schienenfleinmaschine und einer Schienenfleinrichtung für die Straßenbahn für 7600 Mark wurde genehmigt.

Die Kosten von ungefähr 7000 Mark für Straßenbahnreparaturen in der Neuen Graupenstrasse und die Mehrkosten von 1200 Mark für Pflasterung des Herrnprotisch-Johannisberger Weges wurden bewilligt.

Die Sitzung wurde um 7 Uhr geschlossen.

Die Lohnkämpfe der Breslauer Gewerkschaften im Jahre 1912.

(Schluß.)

Die Organisation der Schneider hatte im Frühjahr eine von den Arbeitgebern mit großem Lärm eingeleitete Ausperrung der Schneider glänzend abgewehrt. Da zwei Arbeitgeber in München nicht die höheren Löhne zahlen wollten, deshalb sollten sich die übrigen Arbeitgeber vor ihren Ketten spannen lassen. Die Breslauer Arbeitgeber haben einjährend den Braten gespürt, denn von 74 Firmen mit 500 bis 600 Arbeiter hat nur knapp die Hälfte die Anforderung befolgt. Der Arbeitnehmerverband sorgte dafür, daß solche Dinge nicht ungefragt passieren können. Die sich fortwährend steigende Mitgliederzahl ist der beste Beweis, daß die Schneider und Schneiderinnen endlich den Wert einer Organisation erkannt haben. Es bestehen noch die Lohnsätze für die Herren- und Knaben-Schneiderei, der Herren- und Damen-Modelliererei und ein Tarifvertrag für die Damen-Modelliererei.

Der Schuhmacher-Verband verhandelte im Frühjahr mit der freien Schuhmacher-Zunahme um Einführung eines Lohnsatzes. Die Zunahme beharrte auf einem dreijährigen Abschluß. Da die Forderungen zu gering waren, lehnte die Gewerkschaft das Begehren der Meister ab und verzog die Bemessung auf eine günstigere Zeit. Ferner wurden Forderungen bei der Firma Dornberg abgelehnt und die drohende Verschleppung durch eine neue Forderung bei der Firma Wohlauer abgewehrt. Auch den Schuhmachern kann gesagt werden: Nur Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Die Verbände der Eisenwerker und Zimmerer haben sich am 1. April 1912 zu einer einheitlichen Organisation vereinigt.

Einem kräftigen Kampf unternahmen die Breslauer Eisenarbeiter. Die teilweise durchgeführte Ausperrung bei Simlinger im Jahre 1911 dürfte doch die Arbeitgeber etwas friblicher gemacht haben. Es wurde diesmal der Tarif ohne Arbeitseinstellung mit angemessenen Zugeständnissen anerkannt. Der tägliche Mindestlohn auf Werktagen wurde von 5,20 Mark auf 7,50 Mark erhöht, für Werkstatthalter von 5,10 Mark auf 5,25 Mark.

Der Lebzelter-Verband hatte Anfang April Differenzen bei der jetzt in Königsbrunn genannten Firma Pim...

statt von Wila die Sperre verhängt werden. Raschlich griff in diesen Streit die Polizei und der Staatsanwalt ein, aber vergebens, denn die erhobenen Anklagen gegen zwei Kollegen endeten mit Freisprechung.

Am schwersten trugen wohl die Tabakarbeiter um ihr Leben. Sie führten fortgesetzt den Kampf nach zwei Seiten: hier die Steuererhebung, dort der kurzfristige Fabrikant. Das Leben der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ist sehr untragbar. Deshalb erklärt es sich, warum die Kollegen ständig mit den Unternehmern in Fehde leben. Am 19. März legten 40 Sortierer und Astenbelleber bei A. Deter die Arbeit nieder. Der Streik endete am 2. April mit gutem Erfolg. Am 11. März streikten 150 Arbeiter bei A. E. Eine große Anzahl Firmen kümmerte sich nicht um die Innehaltung des Tarifes. Hier mußten die Tabakraucher mit dem stillen Protest nachhelfen. In diesem Jahre ist das neue Hausarbeitergesetz in Kraft getreten, das die Tabakarbeiter als Heimarbeiter schätzen soll. Solange die Kollegen und Kolleginnen abseits der Organisation stehen, wird die Wirkung des Gesetzes ausbleiben, denn die Kontrolle ist die Hauptsache!

Die Töpfer hatten auch einen mehrwöchigen Dohnkampf zu führen. Die Töpferhilfsarbeiter schlossen sich dem Verbande der Töpfer an und leisteten im Frühjahr 1912 den Unternehmern einen Tarifentwurf ein. Die Arbeitgeber lehnten es ab, mit den Hilfsarbeitern zu verhandeln. Die Folge war zunächst der Kampf um Anerkennung der Organisation, der dann am 1. April zum Streik sämtlicher Töpfer führte. Endlich, am 1. Mai, wurde der Tarifvertrag eingeführt, der bis zum 31. März 1915 Gültigkeit hat.

Ein rührige Organisation ist auch der Transportarbeiter-Verband. Fortwährend sind Klagen, Wünsche und Beschwerden der Verbandsmitglieder zu beachten. Zum Beispiel ist die Lage der Kinoangestellten bedauerlicherweise, und es wurde versucht, mit Hilfe des Publikums bessere Zustände zu schaffen. Den Sangeschiffen leistete der Verband im Kampf mit den Großunternehmern Hilfe und erwirkte bei der Behörde, daß die Arbeitsgelegenheit der kleinen Unternehmer und Sangeschiffer nicht ganz genommen wurde. Weiter verfuhr der Verband, mit der Direktion des alten Konsumvereins zu verhandeln, um für die Hausdiener und Kohlenarbeiter eine Teuerungszulage zu erreichen. Der bekannte Herrenstandpunkt machte den Erfolg freitig. Am 25. März streikten etwa 500 Expeditions- und Mühlentransportarbeiter. Der Erfolg ist ein guter zu nennen; doch mußte fast das ganze Jahr noch kräftig gegen die ungerechtfertigten Entlassungen angekämpft werden, denen die Arbeiter später ausgesetzt waren. Am Schluß des Jahres ist für die Fensterputzer ein Einheitslohn abgeschloffen worden. Die Löhne erhöhten sich um 1 Mark bis 1,50 Mark die Woche.

Die Textilarbeiter haben in diesem Jahre nichts Besonderes zu vermelden. Nachdem endlich durch Anstellung eines Lokalbeamten die Bahn frei gemacht wurde für uneingeschränktes Schaffen, wird die Organisation hoffentlich gute Fortschritte machen.

Der Zimmerer-Verband hatte im Frühjahr Differenzen am Gerhallenbau zu schlichten. Dort hatten Angehörige der „Freien Vereinigung“ versucht, Verbandsmitglieder von der Arbeitstätte zu grauen. Es wurde ihnen aber kräftig heimgeleuchtet. Eine kurze Arbeitseinstellung hatte zu Folge, daß alle 33 Mitglieder der „Freien Vereinigung“ abziehen mußten. Weitere Streitigkeiten waren bei der Betonfirma Brandt und beim Baumunternehmer Matella zu verzeichnen.

Die junge Organisation der Zivilmusiker hat zu den Erfolgen von 1911 auch 1912 gute Fortschritte hinzugefügt. Alle Saalbesitzer, wo freigeordnete Zivilmusiker beschäftigt sind, haben den Tarif anerkannt. Darum, niemals die Organisation verlassen, Ihr Zivilmusiker!

So haben die meisten Gewerkschaften viel geleistet. Das zeigt sich auch in der steigerten Mitgliederzahl. Am Schluß des Jahres 1911 waren 30.416, am Schluß des 3. Quartals 1912 aber 31.550 freigeordnete Arbeiter und Arbeiterinnen Verbandsmitglieder. Also 1100 Mitglieder mehr. Und das trotz aller Verfolgungen und hoher Gefängnisstrafen. Wie jagt das Jahr Mitchell, der amerikanische Gewerkschaftsführer: „Man hat gesagt, daß der Fortschritt nur triebe, und daß auf seinem langjähigen Wege Ströme von Tränen und Blut fließen. Die Entwicklung dauert fort, aber das Leben der Menschen und seiner Einrichtungen ist kurz. Eine Sache wird hier gemacht und wahrhaftiger oft unter den härtesten Schlägen und in den bittersten Zeiten. Es mag Generationen erfordern, Würde in die Brust der Menschen zu pflanzen; aber einmal gepflanzt, ist sie unauflösbar; mag man den Arbeiter wieder niederdrücken; er hat gehen gelernt und wird sich nie wieder mit dem Kriechen begnügen.“

Die preussischen Sparkassen.

Für die Sparkassen des preussischen Staates liegen nun wieder die Ergebnisse über das Rechnungsjahr 1911 vor. Der Zuwachs an Spargeldern war nicht so groß wie im Jahre 1910. Er betrug nur 730 Millionen Mark gegen 775 Millionen Mark im Jahre 1910 und 765 Millionen im Jahre 1909. Die gesamten Spareinlagen haben nur eine Höhe von 11,84 Milliarden erreicht. Im Jahre 1909 beziffern sich die Einlagen auf 5,75 Milliarden, jedoch innerhalb 11 Jahren eine Verdoppelung der bei den Sparkassen angelegten Beträge zu verzeichnen ist. Da 1911 die Zahl der Sparkassenbücher 13,42 Millionen betragen, kam im Durchschnitt auf jedes der Bücher eine Einlage von 882,28 Mark.

Sehr groß war der Rückgang an Einlagen bei der städtischen Sparkasse Berlin, der im Jahre 1910 noch 29,8 Millionen, dagegen im Jahre 1911 nur 13,7 Millionen anvertraut wurden. Diese ungünstige Entwicklung ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß sich die Stadtsparkasse Berlin trotz der großen Konkurrenz der anderen in Berlin vorhandenen Spargelassen bis jetzt nicht einschließen konnte, die die gleiche Verzinsung einzuführen und ihren Zinsfuß von 3 Prozent zu erhöhen.

Für die Entwicklung der Sparkassen zu Bankinstituten genügt die Feststellung, daß bereits 172 Kassen den Kontokorrentverkehr mit ihren Erwerbern eingerichtet haben. Diese Kassen führen Zahlungen für den Sparrer, ziehen Gelder für ihn ein, führen verwalteten die selber des Sparrers wie die Banken. Die gesamten Kontokorrenteinzahlen beliefen sich auf 25 Millionen gegen 18 Millionen im Jahre 1910.

Die Zahlen über die Anlage der Sparkassenbestände zeigen das gleiche Bild wie in den Vorjahren. Mehr als die Hälfte der Kapitalien werden in Hypotheken angelegt, 41 Prozent in städtischen und 30 Prozent in landwirtschaftlichen. In Wertpapieren, meist Staatsanleihen, wurden 20 Prozent...

Begen das Jahr 1910 ist dieser Anteil um ein geringes gesunken. Im ganzen haben selbstverständlich auch die Bestände an Wertpapieren zugenommen. Den verhältnismäßig höchsten Rückgang verzeichnete zum Teil der Kursverlust der Staatspapiere; die Wertpapiere dürfen nicht zum Verkaufszweck, sondern nur zum Kurswert in die Bilanz eingetragen werden. Die Anlagen bei öffentlichen Instituten beanspruchten schließlich 12 Prozent der Gesamtbestände.

Die Zinsüberschüsse betragen im Berichtsjahre 98 Millionen, von denen 22 Millionen für Verwaltungskosten aufgewendet wurden.

Malzgeschäfte. Der trodene Sommer des Jahres 1911 war eine der Hauptursachen zum verschärften Nahrungsmittelwucher; für das Breslauer Malzergewerbe war er doppelt vorteilhaft. Einmal stieg der Bierkonsum, es wurde mehr Malz gebraucht, zum anderen gab es eine in der Güte glänzende Verwertung, und damit angenehmen Rohmaterialien-einkauf für die Breslauer Malzfabrik. Jetzt kommt der Vorteil von 1911/12 bei der Bekannmachung des Absatzes dieser Geschäfte zum sichtbaren Ausdruck; es werden statt fünf Prozent wie im Vorjahre, acht Prozent Dividende verteilt.

Die Breslauer Malzfabrik hat sich in den letzten Jahren durch fortgesetzte Verbesserungen nach außen als nicht ganz so einmündigend wie früher gezeigt. Wohl gemerkt, dies erscheint nur äußerlich so; in den letzten zwanzig Jahren ist im Durchschnitt immer eine Dividende von 10 Prozent verteilt worden! Von den großen Ausgaben der letzten Jahre sei nur genannt die Errichtung eines modernen Silospeichers (Kosten 100.000 Mk.), ein neues Fabrikgebäude (Kosten über 200.000 Mk.), Aufnahme der Malzfabrikation mit Einführungskosten von weit über 100.000 Mk. Im letzten Geschäftsjahres standen trotzdem neben gutgefüllten Reserverfonds die Gleisanlage mit 402 Mk., Brunnen und Zisterne mit 1 Mk., Pferde und Wagen mit 1 Mk. und Säcke mit 1 Mk. zu Buche. Gegenüber solchen angenehmen Tatsachen will es auch wenig befremden, daß das Malzkaufgeschäft immer noch nicht reißt. Seit dem Grobwerden der Raubreinerischen Malzkaufgeschäfte verdient dabei der am meisten, der die kräftigste Reklame macht.

Die Verdifferenzierung der Stadt Breslau betrug nach der Fortschreibung Ende Oktober 584 285; sie ist gegen den Anfang des Monats um 7761 Personen gesunken. In dieser Zunahme hat, wie es bei der Bedeutung des Oktobers für den Ortswechsel verständlich ist, die Wanderung das entscheidende Uebergewicht; auf sie kommen diesmal fast 90 Prozent des Gewinns. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen war nicht nur gegenüber der großen Zahl der Zuwandernden, sondern auch gegen seinen Umfang im vorigen Monat und vor einem Jahre im Minderstande. Männliche und weibliche Personen sind im Berichtsmoat bei den Toesfällen wie bei den Geburten mit fast gleichen Zahlen beteiligt. Unter den Gestorbenen kamen auf Kinder unter einem Jahre im Oktober 13,7 Prozent gegen 20,6 Prozent im September und 28,0 Prozent im Oktober 1911. Von den Erkrankungen, die der Meldepflicht unterliegen, haben Scharlach und Rindpestfieber eine etwas größere Ausbreitung als im Vormonat. Die Belogung der Hospitaler war stärker als im September, aber nicht ganz so groß wie im Oktober 1911. Die Zahl der Ehegattungen war wie immer im Oktober besonders groß; sie überstieg die Zahl des Septembers um 213, stand aber hinter der des Oktobers 1911 noch um 12 nach. Der Fremdenverkehr war bedeutend; mit 27084 Personen überholte er nicht nur den Oktober 1911, sondern auch den größten Verkehr des vorigen Jahres, der im August mit 26874 Fremden erreicht wurde.

Rechtsschutzstelle für Frauen. Vasteigasse 6a, 2. Stage. Nachdem wegen der Feiertage Unterbrechungen der Sprechstunden eingetreten sind, werden sie jetzt wieder regelmäßig abgehalten. Die Rechtsschutzstelle erteilt unentgeltlichen Frauen in allen Rechts- und Wohlfahrtsangelegenheiten unentgeltlich Rat und Auskunft, sie fertigt Gesuche an, reicht Klagen ein, gibt Auskunft in Juvalden-, Alters- und Krankenversicherungen, über Alimentationen, Eheerbschaften, Testamenten usw. Durch Beziehungen zu Vereinen und Rechtsschutzstellen in anderen Orten kann die hiesige Rechtsschutzstelle vielfach auch bei ausdrücklichen Angelegenheiten tatkräftige Hilfe leisten. Zur Erledigung der juristisch schwierigeren Fälle stehen den Damen des Rechtsschutzes Rechtsanwältinnen zur Seite. Es ist das Bestreben der Rechtsschutzstelle, jedem zu ihrem Recht zu verhelfen und es gelingt ihr durch ihre Vermittelungen sehr oft, Weiterungen zu vermeiden. Um dem häufig beobachteten Glanz der Mütter unehelicher Kinder vorzubeugen, sei bemerkt, daß diese Klagen schon vor der Niederkunft anstrengt werden können. Auch hierüber näheren Bescheid erteilt die Rechtsschutzstelle. Sprechstunden täglich, außer Sonnabend von 4 1/2 bis 7 Uhr nachmittags, Vasteigasse 6a, II.

In der Schlesischen Gruppe des Deutschen Bundes für Mutterrecht spricht am 8. Januar Professor Broda, Paris, der Leiter des „Internationalen Instituts zum Austausch wissenschaftlicher Erfahrungen“ über: „Das Problem der Ehecheidung“. Bei der reichen kulturhistorischen und sozialen Erfahrung des Vortragenden verpricht der Vortrag sehr interessant zu werden. Er findet in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums, abends 8 Uhr, statt und ist mit freier Aussprache verbunden.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Zahlende des Sozialdemokratischen Vereins.

Im Monat Januar werden in folgenden Orten Zahlende abgehalten.

- Distrikt 3 Sonnabend, den 4. Januar:
 - 3 Carlowitz in Friedewalde bei Klaf.
 - 5 Dsmich bei Endler.
 - 6 Klein-Gandau bei Dürwanger.
 - 9 Groß-Mochbern, in Groß-Mochbern bei Schreier, Redner Genosse Müller.
 - 16 Stabelwitz, Kolonie Stabelwitz, Redner Genosse Herrmann.
 - 18 Mathen, in Mathen bei Birne.
- Distrikt 4 Sonntag, den 5. Januar:
 - 4 Rosenthal bei Ubrig.
 - 23 Maltich.
- Distrikt 1 Montag, den 6. Januar:
 - 1 Grüneiche, bei Poremba.
 - 8 Maria-Hörschen, bei Müller, Redner Genosse Herrmann.
 - 10 Gräbchen, bei Knoll, Rednerin Genossin Lamattich.
 - 14 Schönstraße (Herbain), bei Glemisz, Redner Genosse Th. Müller.
 - 17 Deutsch-Lissa, bei Folaner, Breslauerstraße.
- Distrikt 12 Dienstag, den 7. Januar:
 - 12 Bartleb, in Bartleb bei Weitzer.
 - 18 Oltaschin, bei Jeschke, Redner Genosse Klose aus Mochbern.
- Distrikt 21 Sonnabend, den 11. Januar:
 - 21 Neumarkt, Redner Genosse Scholtich.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 22. bis 29. Dezember 1911 erkrankten am Rindpestfieber: in Prolca 1 Person; an Unterleibstypus: in Kose (Oberdampfer) 2 Personen. **Rosenthal.** Diebstahl. Am 29. Dezember wurden in einem Lokal in Rosenthal den Mitgliedern vom Arbeiter-Gesangverein mehrere Kleidungsstücke und Gegenstände, die zur...

Ein Massenprozeß am — Nichts.

Seit Freitag fanden die Genossen A. Berthold, L. Ullrich, Bartsch, Kubia, Ritter und Honsky vor dem Schöffengericht. Ihnen wurde das gar erschreckliche Verbrechen zur Last gelegt, am 28. Januar 1913 bei einem Jugendfeste eine behördlich nicht erlaubte Verlosung von Büchern veranstaltet zu haben.

Trotz einer 11 Monate langen Untersuchung konnte er weiter nichts behinden, als daß eine Verlosung erfolgte. Das mußte schon mancher, der nicht zur Polizei gehörte. Was aber kein Mensch außer dem Herrn Kommissar weiß, das ist das Befehlen einer Jugendorganisation in Breslau.

Das Ergebnis der ganzen Geschichte ist die Verurteilung des Genossen A. Berthold zu 6 Mark Strafe wegen Veranstaltung einer unerlaubten Lotterie.

„Das Volk steht auf.“ Der frühere Redakteur der „Breslauer Morgen-Blätter“ Fritz Ernst (Fritz Brettau) hatte für den Unternehmer der Jubiläums-Festspiele im Circus Busch, Direktor Georg Eger, das Stück „Das Volk steht auf“ geschrieben, das laut kontraktlicher Vereinbarung am ersten Weihnachtstage nachmittags, am zweiten Feiertage abends wiederholt und dann abwechselnd mit dem Stücke „Schlesiens Söhne“ (von Direktor Eger verfaßt) gespielt werden sollte.

Im städtischen Arbeitsnachweis boten sich im Laufe des Monats Dezember 954 männliche Arbeitskräfte an, während nur 404 offene Stellen vorhanden waren, von denen 878 besetzt wurden.

Der Schaufensterbrecher verhaftet. Wie gemeldet wurde in der Nacht zum 31. Dezember die Schaufenstertheibe des Uhrengeschäfts von Lewy, Graupenstraße 6-10, über dem Trautgitter zertrümmert und ein Kasten mit 16 goldenen Uhren im Werte von etwa 2500 Mk. gestohlen.

Das Hospital der Darmherzigen Brüder in Breslau hat 1913, dem 20. Jahre seines Bestehens, 44.8 Personen ohne Unterschied der Religion und des Standes ärztlich behandelt und verpflegt.

Der Spirituslocher. Die Fliegeltöchter Margarete Klemens, die bei der Witwe Pauline Pentzsch, Filbberndstraße Nr. 21, wohnt, ist am Donnerstagabend in ihrer Wohnung ichmer verunglückt. Sie hatte am Spirituslocher hantiert, als dieser plötzlich explodierte und das danebenstehende Mädchen mit dem brennenden Spiritus überdeckte.

Schwere Messerschere. In der Silvesternacht gerieten in einem Wippenher Länglokal mehrere junge Leute, die des Guten zu viel genossen, in Streit, der bald zu Tätlichkeiten ausartete.

Dies stellte es sich heraus, daß mehrere von den jungen Männern zuvor durch Messerstücke verletzt worden sind. Man rief deshalb die Samariter der Feuerwehr herbei, die den Verletzten Noterleichterungen und einen von ihnen ins Allerheiligenshospital schafften.

Einbrüche. In der vergangenen Nacht ist in die Kasse eines Damplers an der Langgasse ein Dieb eingedrungen und hat einem Hockmann 500 Mark Geld entwendet. — Am Donnerstag nachmittag hat ein Dieb aus der Wohnung eines Haushälters, Steinwälderstraße 30, 173 Mark Meißelgeld gestohlen, das der Haushälter eingenommen und in einem Behälter verwahrt hatte.

Verloren wurden eine Brosche, ein Kaiser-Friedrich-Diamant, je ein Portemonnaie mit 8, 100, 86, 88 und 28 Mk. ein Schlangenstein mit zwei Brillanten, ein Kinderpelztragen, eine Verlehnhandtasche mit Portemonnaie, ein goldener Manschettenknopf.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Freitag zu ermäßigten Opernpreisen „Der Troubadour“, Morgen Sonnabend zu ermäßigten Opernpreisen „Madame Butterfly“, nachmittags zu kleinen Preisen „Schneewittchen“.

Oper-Theater. Heute Freitag „Ariadne auf Naxos“, Oper in einem Aufzuge von Richard Strauss, vorher geht „Der Bürger als Edelmann“, Komödie von Moliere, mit der Musik von Richard Strauss in Szene.

Thalia-Theater. Heute Freitag, Abonnements-Vorstellung für den Humboldt-Verein (blaue Karten) „Clavico“, Sonntag geht die erfolgreiche Vaudeville-Polke „Polnische Wirtschaft“ von Jean Gilbert in Szene.

Schauspielhaus. Heute Freitag und morgen Sonnabend: „Parkestück Nr. 10“, Sonntag: „Der liebe Augustin“, nachmittags zu kleinen Preisen „Die Weisheit“, Montag: „Der liebe Augustin“.

Lieblich-Etablissement. Heute Freitag beginnt der Kartenvorverkauf für die am Sonntag nachmittag 4 Uhr stattfindende Familienvorstellung bei kleinen Preisen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Zauer, 3. Januar. Vom Fleischverkauf durch das Gewerkschaftskartell. Mit der Tatsache, daß der vom Gewerkschaftskartell auf eigene Regie unternommene Fleischverkauf ein Sinken der Fleischpreise mit sich gebracht hat, scheint sich das hiesige freisinnige Blättchen nicht abfinden zu können.

Aus Oberschlesien.

Reiße, 3. Januar. Der 3 Uhr-Adenschluß trat mit dem 1. Januar d. J. für unsere Stadt in Kraft. — Lange genug haben die Angestellten darauf warten müssen.

Stelzweg, 3. Januar. 1598 Mark 68 Pfennige gestohlen. Ein unerhört frecher Gelddiebstahl wurde in der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar in einem Hause der Stelzweg ausgeführt. Den Dieben gelang es, in die Wohnung eines Ladeinspektors einzudringen und aus einer Drahttasche, die in einer Schublade verschlossen war, die Summe von 1598,68 Mk. zu entwendend.

Einen Akt großer Gefühlslosigkeit leisteten sich dieser Tage einige Männer in der Rybnikerstraße. Als ein Maler mit seiner Frau gegen abend 1 Rybnikerstraße passierten, sahen beide einen dem Arbeiterstande angehörenden Mann in einer Blutlache hilflos am Boden liegen.

Physiowitz, 3. Januar. Ausschreitungen in der Silvesternacht. In der Silvesternacht kam es im Wauerischen Saale beim Tanz zu einer Schlägerei, bei der einer der Beteiligten von seinen zwei Gegnern mit Messern so arg verletzt wurde, daß er ins städtische Lazarett geschafft werden mußte.

Genossen! Stützt überall für die Arbeiterpresse!

Arbeiterbewegung.

Australien. Der Landminister hat sein Amt niedergelegt und wird sich einer Neuwahl unterwerfen, weil er mit einlaß drastischen Maßnahmen seiner Kollegen in der Arbeiterregierung nicht einverstanden ist.

Kanada. Die Telefonarbeiter der staatlichen Telefonanstalten der Provinz Saskatchewan errangen nach einwöchigem Streik eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden täglich neben einer Lohnerhöhung.

Neueste Nachrichten.

Sozialdemokratischer Stadtverordneten-Vorsteher.

Frankfurt a. M., 2. Januar. In das hiesige Stadtparlament wurde als zweiter Vorsitzender der Sozialdemokrat Genosse Graef gewählt.

Gegen die Gewerkschaften.

Saarbrücken, 3. Januar. Aus den bis jetzt vorliegenden Berichten von dem am Neujahrstage vom Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter abgehaltenen 88 Versammlungen geht hervor, daß sich bei einem Teile der Bergarbeiter noch immer eine große Erregung bemerkbar macht, die sich hauptsächlich gegen die Leitung des Gewerkschaftsvereins richtet.

Eisenbahnzusammenstoß.

West, 3. Januar. Gestern stießen unweit der Station Putzest zwei Güterzüge mit so furchtbarer Gewalt zusammen, daß die Tender der Lokomotive zerbrachen und die beiden Maschinen in Brand gerieten.

Geschlossene Fabriken.

Dorier, 3. Januar. Gestern haben hier und in der Umgebung im ganzen 116 Konervenfabriken ihre Pforten geschlossen. Zwei Gründe waren hierfür maßgebend.

Ein Familiendrama.

Reichenberg in Böhmen, 3. Januar. Der Finanzbeamte Lang wurde gestern in einem hiesigen Hotel von seiner geschiedenen Frau, die von Leipzig auf Besuch gekommen war, nach einem heftigen Wortwechsel erbrockelt.

Geschickert.

Dunkirchen (Frankreich), 3. Januar. Infolge des dichten Nebels auf der Nordsee scheiterte der von Riga kommende Dampfer „Lords“ an einer Stelle, die für die Schifffahrt äußerst gefährlich ist.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, 1. Januar, 2. Januar, 3. Januar, 4. Januar, 5. Januar, 6. Januar, 7. Januar, 8. Januar, 9. Januar. Rows include stations like Glatz, Glogau, Guben, etc.

Wetternachrichten der Univeritäts-Wetterwarte.

Table with 4 columns: Station, 1. Januar, 2. Januar, 3. Januar. Rows include stations like Glatz, Glogau, Guben, etc.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Sonntag, den 5. Januar: Nachzügler u. Helfer. Vorm. 10 Uhr: Berufsversammlung im Cafe Restaurant, Karlstraße 37.

Sonntag, den 5. Januar: Orien. Außerordentliche Zimmerer-Versammlung. Vormittags 9 Uhr bei Reichel, Doppelstraße.

Sonntag, den 5. Januar: Frauen-Versammlung. Nachmittags 2 1/2 Uhr bei Gastwirt Langer in Al.-Deubusch.

Die bisherigen Kosten des Balkankrieges.



Das bekannte Wort des französischen Marschalls Turenne, daß „zum Kriegsführen drei Dinge nötig seien: Geld, Geld und nochmals Geld“ hat auch im gegenwärtigen Balkankriege seine Wahrheit bewiesen. Die Vereinwilligkeit der fünf kriegsführenden Staaten zu Friedensverhandlungen ist wohl nicht zuletzt auf die unabweisliche finanzielle Erschöpfung der Gegner zurückzuführen.

Auffstellung geht klar hervor, was den einzelnen Kriegsführenden der Krieg bisher kostete. Zugeschaltet wurden die Kosten der Mobilisation und der Zeit nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, es wurde nur jene Zeit in Betracht gezogen, die angenommenenweise bisher zur tatsächlichen Kriegsführung benötigt wurde. Die Höhe der Geldsäcke in der Statistik läßt den Umfang der jeweiligen Kriegskosten in dem angegebenen Zeitraum genau erkennen, die Figuren zeigen die Gesamtzahl der Kriegsteilnehmer in den einzelnen Staaten.

Der Balkankrieg und seine Folgen.

Der Fortgang der Verhandlungen.

Die Meinung der Botschafter hat im englischen auswärtigen Amt unter Vorsitz des Staatssekretärs Grey ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Die fünf Punkte der türkischen Vorschläge, die der Friedenskonferenz vorgelegt wurden, bilden ein einziges untrennbares Ganzes. Was die Gebietsabtretungen betrifft, so belegen die türkischen Vorschläge, daß die Türkei bereit sei, alles okkupierte Gebiet westlich von Wilajet Adrianopel an die Verbündeten abzutreten. Die Antwort auf diesen Vorschlag hatte folgenden Wortlaut: „Die Verbündeten rechnen Kenntnis von der Abtretung der Gebiete, die westlich des Wilajets Adrianopel gelegen sind, unter der bestimmten Bedingung, daß sich die Abtretung nicht nur auf die okkupierten, sondern auch auf die Gebiete bezieht, die noch nicht vollständig okkupiert sind.“

Der Vertreter des Österreichischen Bureaus hatte eine Unterredung mit Danew, der erklärte, die Lage habe sich nicht so gedehert, wie einige Personen anscheinend glauben. „Wir erwarten“, sagte er, „in der morgigen Sitzung eine neue Karte bezüglich Adrianopels. Wenn wir finden, daß die Karte der Bedingungen der Verbündeten nicht entspricht, werden die Verhandlungen abgebrochen. Wir bestehen auch auf den die Inseln betreffenden Bedingungen.“

Albanien.

Die Nachricht, daß über die Frage der Abgrenzung Albanien zwischen Österreich-Ungarn und Italien Verhandlungen schweben und erst nach ihrer Beendigung die Botschafter davon gehend werden, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, entschert, wie an informierter Stelle versichert wird, der Begründung, Österreich-Ungarn und Italien sind von Anfang an über alle Albanien betreffenden Fragen einig gewesen. Wohl findet ein intimer Meinungsanstand über alle Fragen zwischen den Treibmächten, also auch zwischen Österreich und Italien, unangelegt statt, allein alle daran geknüpften speziellen Kombinationen werden als hinsichtlich bezeichnet und sind nur in die Reihe jener Berücheln zu rangieren, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Treibmächten als bestehend zu singieren. Ebenso unzutreffend ist die Nachricht von Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die sich auf militärische Vorkehrungen der beiden Staaten beziehen sollen.

Berzchiedenes.

Sofia, 2. Januar. Die „Agence Bulgare“ meldet, daß die Nachricht, die türkische Regierung sei ermächtigt, Lebensmittel nach Adrianopel zu senden, erfunden ist. Auf Ersuchen Rasim Paschas sind lediglich einige Kisten des Roten Kreuzes mit Heilmitteln auf bulgarischen Eisenbahnwagen unter der Obhut eines bulgarischen Arztes aus Bachtshelof nach Adrianopel durchgeschickelt worden.

Konstantinopel, 2. Januar. Die Blätter melden von einem neuen Erfolg der Türken vor Skutari. Die Montenegriner wurden darnach mit großen Verlusten zurückgeworfen. Sie ließen zwei Geschütze in Händen der Türken, 300 Montenegriner wurden zu Gefangenen gemacht. Auf türkischer Seite wurden 3 Mann getötet und 45 verwundet.

Aus aller Welt.

Ein Typhusbazillenträger. Ueber die Ursache der Typhusepidemie im ersten Bataillon des Banauer Eisenbahregiments Nr. 3, die jetzt sechs Todesopfer gefordert hat, gibt das Sanitätsamt des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M., wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, eine Darstellung, in der es heißt: Die Vermutung, daß der Ursprung der Erkrankungen an Nahrungsmitteln zu suchen sei, die die Mannschaften des betreffenden Bataillons in der zweiten Hälfte des November genossen hatten, gab den Anlaß dazu, sofort alle Personen, die damals in der Küche beschäftigt waren, und mit der Zubereitung der Speisen irgendwie zu tun hatten, gründlich zu untersuchen. Diese im hiesigen Garnisonlazarett vorgenommenen Untersuchungen führten schon am 23. Dezember zu dem Ergebnis, daß sich unter den Personen, die bei der Bereitung eines am 22. November den Mannschaften als Mittagsspeise verabfolgten Kartoffelsalat — nämlich beim Schälen und Zerhacken der gekochten Kartoffeln — beschäftigt waren, eine befand, welche vor vielen Jahren Typhus überstanden hat, und, ohne sich irgendwie krank zu fühlen, noch jetzt Typhusbazillen ausgescheidet. (Sogenannter Typhusbazillenträger.) Dieses Vorkommen ist in Fachkreisen bekannt und hat schon mehrfach, so auch in Frankfurt a. M., Anlaß zu Typhuserkrankungen, zum Beispiel durch Milch, gegeben. Es handelt sich also in Banau um Typhuserkrankungen durch Nahrungsmittel, welche durch einen unglücklichen Fall mit Typhusbakterien infiziert worden sind. Die Erkrankungen sind auf den Seuchenerb beschränkt geblieben; von den anderen Truppendeilen der Garnison Banau ist bis jetzt kein Mann erkrankt. Der bisherige Krankheitsverlauf unterscheidet sich nicht von dem sonst bei Typhusepidemien beobachteten.

Doppelmord auf einem Gutshof. Ein schwerer Verbrechen ist am Abend des 1. Januar in dem bei Drießen (Neumark) gelegenen Dorfe Saikoffsteden verübt worden. Dort drang der 20jährige Knecht Krause in die Wohnung des Gutsherrn Bernicke und rief ihn und seine Frau in den Stall. Hier fiel er mit einer Axt über beide her, tötete Bernicke durch Arthritide auf den Hinterkopf und brachte Frau Bernicke durch einen Schlag auf den Kopf lebensgefährliche Verletzungen bei. Als heute früh gegen 5 1/2 Uhr der Sohn in die elterliche Wohnung zurückkehrte, fand er die Eltern im Stall liegen. Frau Bernicke, die durchbare Verletzungen am Hinterkopf erlitten hat, lebt noch, diese aber kaum mit dem Leben davonkommen. Der Mörder hat nach der Tat die Wohnung durchsucht und 200 Mark entwendet, worauf er die Flucht ergriff. Bisher fehlt von ihm jede Spur.

Von anderer Seite wird dem „Berl. Tagebl.“ berichtet: Der Mörder, der 20jährige Knecht Hermann Krause, stammt aus Berlin. Er war bei dem Gutarbeiter Bernicke seit einem Vierteljahr in Stellung. Bernicke war 69, seine Frau 68 Jahre alt.

alt. Eine Gerichtskommission ist heute vormittag am Tatort eingetroffen.

Aus dem russischen Eumbe. Der Vorsitzende der Sanitätskommission von Petersburg Dr. Suberth ist wegen Unterschlagung amtlicher Gelder nach einer Saisung Untersuchung verhaftet worden. Einen von seinen Freunden angebotene Kaution wurde abgelehnt.

Zusammenstoß zweier Militärzüge. Aus Athen wird gemeldet, daß zwischen Drama und Vorna ein Zusammenstoß zweier Militärzüge erfolgt ist. 18 Soldaten wurden getötet, etwa 80 schwer verletzt.

Einfuhr des Fußbodens bei einer Seuchenfeier. In der Gemeinde Stugna bei Mailand stürzte bei einer Seuchenfeier 24 Personen mit der Leiche durch den Fußboden im ersten Stock in die Tiefe. Dabei wurden drei Personen getötet und 20 schwer verletzt.

Der Actna in Tätigkeit. Der Hauptkrater des Veltina befindet sich seit Montag wieder in voller Tätigkeit. Die benachbarten Ortschaften sind zum größten Teile mit Aschenregen überschüttet.

Eisenbahn-Unglück in Rußisch-Polen. Zwischen den Stationen Gorzowice und Ngrza riß am Mittwoch ein Zug entzwei, als er eine abschüssige Stelle des Bahndammes zu passieren hatte. Dabei wurden drei Bahnbedienstete tödlich, zwei Soldaten schwer und eine Anzahl Personen leichter verwundet.

Der Zustand Paul Seydes scheint nach einer Besserung in den letzten Wochen wieder heftig geworden zu sein. Aus München wird gemeldet: Paul Seydes Befinden hat sich über Neujahr verschlechtert. Auch heute macht das Befinden des großen Dichters einen beunruhigenden Eindruck.

Marktprozesse gewonnen. Die Marktgesellschaft hat ihren langjährigen Prozeß gegen alle französischen Unternehmungen für drahtlose Telegraphie, von denen die Marktpatente verletzt worden sind, gewonnen.

Dieser sieht man wieder einmal, wie das Privateigentum an Produktionsmitteln mit seiner Neigung zu Monopolbildungen den technischen Fortschritt — denn einen solchen bedeuten die französischen Unternehmungen — hindert.

Explosion in einer Junsbruder Apotheke. In der Apotheke des Junsbruder Stadtquartals erfolgte am Mittwoch durch Unvorsichtigkeit die Explosion einer Benzolflasche. Der Chef und ein Praktikant erlitten schwere Brandwunden. Das ganze Laboratorium geriet in Brand und das Feuer griff auf die Apotheke im unteren Erdgeschosse über; es wurde aber gelöscht. Im ersten Stockwerk wurde eine Wand zertrümmert.

450.000 Mark unterschlagen. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, sind der Buchhalter Adolf Nuerbach

Arbeiterbewegung.

Zur Bergarbeiterbewegung im Saarrevier.

Von der Verbandsleitung des Christlichen Gewerbezweigs in am 31. Dezember an die Bergarbeiter ein Aufruf erlassen worden, in dem es u. a. heißt:

„Die staatliche Bergwerksverwaltung hat nun durch eine amtliche Auslegung die in der neuen Arbeitsordnung enthaltenen Verschlechterungen beseitigt. Sie hat zugesagt, die Strafen der zeitweisen Ablegung einzuschränken. Ferner verspricht sie in bindender Form eine weitere Erhöhung der Löhne. Die neue Sachlage heronlagte die heutige Konferenz, den für den 2. Januar 1918 in Aussicht genommenen Streik einheitsmäßig noch nicht durchzuführen; an Stelle des Streiks soll ein Waffenstillstand eintreten. Es soll vorläufig abwartet werden, wie man die gegebenen Versprechungen einhält.“

Kameraden! Es gilt jetzt den Beschlüssen der heutigen Konferenz durchzuführen, jeder muß Disziplin zeigen und der Beschlüsse Folge leisten. Ichner darf am 2. Januar u. s. w. den Streik eintreten. Alle müssen jedoch bei der in der Resolution beschlossenen Erhebung behilflich sein. Ehrenhaft der Saarbergleute ist es, über die Fragen, welche die Rentabilität beeinflussen, Klarheit zu schaffen. Ist die Rentabilität gut, können wir mit Recht auch eine Löhnerhöhung verlangen.“

Daß die in der neuen Arbeitsordnung enthaltenen Verschlechterungen beseitigt seien, stimmt wohl nicht ganz. Erklärt und erläutert wurden einige Vorarbeiten von der Bergwerkdirektion, aber bestehen bleibt die Verschlechterung. Große Löhne sollen erst dann verlangt werden, wenn nachgewiesen wird, daß die Rentabilität des Saargebietes eine gute ist. Ist sie aber keine gute, dann geht der Bergmann leer aus. Diese Versprechungen sind also für die Bergarbeiter doch recht zweifelhafter Art.

Die Leitung der katholischen Fachabteilung beschloß, eine Kommission von 21 Mitgliedern, die aus Bergarbeitern der im Saarrevier bestehenden 12 kantonalen Bergmischungen besteht, einzusetzen, um über die Einhaltung der von der Bergwerksdirektion gegebenen Versprechungen zu wachen. Eine Vertreterkonferenz des Christlichen Gewerbezweigs hat dasbabe beschlossen, nur mit dem Unterschiede, daß dieser Kommission nur ein Mitglied angehören soll.

Am 29. Dezember fand in Laudenweiler eine Versammlung der katholischen Facharbeiter statt. Die Versammlung war von 600 Bergleuten besucht und erhob Protest gegen die durchgeführten Verleumdungen, welche christliche Gewerkschaftsagitatoren bei der Reuegung der Bergarbeiter gegen die katholischen Geistlichen erhoben haben. Sie verwahrten sich dagegen, sich von diesen Leuten in ihrer Treue gegen den Klerus wanfend machen zu lassen.

Nach Drahtmeldungen aus Saarbrücken sind die Bergarbeiter am Donnerstag wieder vollständig angefahren. Weiter wird gemeldet, daß in einer Versprechung der christlichen Gewerkschaftsführer mit dem Verbleiben der sozialistischen Saararbeiter, Geh. Bergrat Juchs, dieser zugesagt habe, daß wegen der gegenwärtigen Lohnbewegung keinerlei Maßnahmen vorgeschrieben würden. Nach einem uns zugewandenen Telegramm konnten aber trotzdem Donnerstag früh mehrere Auszubildende entlassen.

Ausperkung in der Nemeler Holzindustrie. Der im Mai 1911 nach der Ausperkung in der Nemeler Holzindustrie abgeschlossene Arbeits- und Tarifvertrag wurde am 1. November 1912 von dem Nemeler Arbeitgeberverband zum 31. Dezember 1912 gekündigt. Die während der Kündigungsjahre zwischen den Vertretern der Organisationen der Arbeiter und den einzelnen Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem entscheidenden Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber erklärten in der letzten, am 30. Dezember stattgefundenen Sitzung, sämtliche Betriebe am 1. Januar schließen zu wollen, falls das Angebot der Unternehmer nicht angenommen und der Vertrag abgelehnt werde. Von der Ausperkung, die am Donnerstag tatsächlich vorgenommen wurde, werden fast sämtliche Schälmaschinen der Nemel- und Umgebung, sowie die beiden Schälmaschinen mit etwa 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen betroffen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen allerorts werden ersucht, den Zutritt von Arbeitskräften nach Nemel streng zu vermeiden.

Die entwürgene Riesenschlange. Das Entweichen und das Wiedererlangen einer mächtigen Riesenschlange, eines großen Magales und einer ganzen Anzahl kleinerer Schlangen war das aufregende und gefährliche Nachspiel eines Eisenbahnunfalls in Southampton, der sich am Sonntag in der Nähe von Wobberhampton auf der englischen Nordwestbahn ereignete, und der glücklicherweise ohne einen Verlust von Menschenleben endete. Ein Sonderzug, in dem zwei reisende Theatergesellschaften untergebracht waren, hielt in der kleineren Station Ettingshall. In dem Zuge befanden sich die Kompanie der „Grand Theatre“, die „Jacques und die Vernünftigen“ aufzuführen sollte, und eine zweite Gesellschaft, die ein großes Schaustück „Wildaustralen“ mimen und die Reklime ihrer Szenenbilder durch Pferde, Schlangen und Alligatoren zu erhöhen pflegte. Ein später von Wobberhampton abgehender Zug fuhr nur auf den in Ettingshall haltenden Theaterzug auf, zwei Wagen wurden gebrochen, und die Riesenschlange erlitten eine schlimme Erschütterung, wenn sie auch durchweg ihre lebensgefährliche Bewegungen davonkam. Als der erste Schreck überwunden war, hatte der Passagiere aber ein zweites: Bei dem Zusammenstoß waren die Wagen, in denen die Schlangen und der Alligator untergebracht waren, geborsten und die gefährlichen Reptilien hatten die Gelegenheit benützt, um die lang ersehnten Freuden der Freiheit auszukosten. Die größte Aufregung verursachte begreiflicherweise die große Riesenschlange, die unter den Anwesenden eine Panik hervorrief und vielleicht noch schlimmeren Unheil angerichtet hätte, wenn nicht die australische Schlangendämmerer Miss Cleo die Situation gerettet hätte. Es war kein leichtes Stück Arbeit, das mächtige Reptil wieder zu bändigen und zu seinem Käfig zurückzubringen. Inzwischen aber war der Alligator pulsch beschwunden, und er wurde erst später entdeckt. Der südtliche Gefelle hatte im Bahnhof aus einem Gepäckwagen ein Netz gefunden, von dem aus er drei Gepäckträger einen heillosen Schreien einjagte. Die Dunkelheit, in der sich all diese Szenen abspielten, trug nicht wenig zur Aufregung der Reisenden bei, und erschwerte auch der Bergarbeiterin ihre Arbeit, weil sowohl die Reptilien, wie auch der Alligator, immer wieder vor den Lichter krochen. Aber schließlich gelang es doch, die ganze Menagerie wieder zusammenzuführen, und erst dann konnte mit den Aufbaumarbeiten begonnen werden.

„Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen Fall brauchen.“ Die „Kreuzzeitung“, das preussische Junkerblatt, begrüßt den christlichen Landarbeiterverband, der mit Beginn dieses Jahres seine Tätigkeit einstellen wird, wie folgt:

„Gewerkschaftsbewegung bleibt Gewerkschaftsbewegung. Und wenn die christlichen Gewerkschaften auch vom Klassenkampf sich fernhalten, so sind sie gleichwohl — und müssen ihrer namigen Verfassung nach es sein — Kampfsorganisationen, Organisationen, die die Arbeiterklasse in einen bewußten und sich allmählich verschärfenden Gegensatz zu den Arbeitgebern bringen. Bei aller ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft mider die Sozialdemokratie stehen mit ihnen die christlichen Gewerkschaften doch die meisten Arbeitskämpfe gemeinsam aus. Auf dem platten Lande aber ist zu befürchten, daß sie, statt der sozialdemokratischen Gewerkschaft gegenüber einen Damm zu bilden, ihr zum Eindringen in die Dörfer verhelfen wird. Es ist deshalb zu wünschen, daß das platte Land von jeglichem Versuche, die Arbeiterklasse gewerkschaftlich zu organisieren, verschont werden möchte. Gewerkschaftliche Ideen gehören nicht auf die friedlichen Dörfer. Die schaffen nur Unfrieden. Gemeinlich müssen die ländlichen Arbeitgeber und Arbeiter organisiert werden, denn sie gehören zusammen. Und wer ein wahrer Freund des platten Landes ist, der muß diese gemeinsame Organisation fördern. Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen Fall brauchen.“

So werden die „laaberhaltenden“ christlichen Gewerkschaften von dem preussischen Junkerblatt mit Zustimmung begrüßt, wenn sie das Interesse der Junker gefährden. Man sollte meinen, die Arbeiter jögen daraus die Konsequenzen und würden den Kampf gegen die Junker ohne Grundmäßig aufnehmen, indem sie sich den freien Gewerkschaften anschließen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Nicht Krieg, sondern Friede auf Erden.

Eine höchst interessante Weihnachtsversammlung fand am ersten Feiertage in Parnsdorf bei Schmiedeberg statt, in der Genosse Dierckh-Waldenburg über das Thema: Nicht Krieg, sondern Friede auf Erden referierte. Das dankbare Thema hieß nicht nur mehrere hundert Arbeiter und Stellenbesitzer aus den umliegenden Dörfern anlockt, auch zwei evangelische Geistliche waren erschienen, um zu hören, wie ein Sozialdemokrat sich mit der Weihnachtsfeier abfindet.

Genosse Dierckh-Waldenburg begann seinen Vortrag mit der schärfsten Darstellung der poetischen Erzählungen von der Krippe und dem Kinde im Hirten und Königen, die zur Überlegung kamen, und zog interessante Vergleiche zwischen dem Kinde des Zimmermanns und den Proletariatskindern der heutigen Zeit, in der hunderttausende von Kindern nicht einmal eine Krippe haben, sondern auf der Fußstiele schlafen müssen. Das fürchterliche Elend der Säuglingssterblichkeit in unseren Industriestädten, die massenhafte Erkrankung der Schuljugend, das Elend der Frauen und Kinderarbeit fand seinen Platz in der sehr lebendigen Darstellung des Redners, der dann die blutige Geschichte der Königskinder den heiligen drei gegenüberstellte, die dem Friedenskinder von Bethlehem nachzogen. Einer Knappen, aber wirklichen Schilderung der Kriegsgreuel auf dem Balkan und den alles überdeckenden Gewulden eines Weltkrieges folgte eine treffliche Schilderung unserer Entwicklung auf technisch-industriellem und wissenschaftlichem Gebiet, die auch den Entschieden eine höhere Kultur und irdischen erlösenden Gottesdienste bringen werde. Die Zuhörer waren wie in einer Ekstase gefesselt, um am Schluß in hurraischen Beifall auszubrechen.

Dann Pastor Köhling aus Fischbach gelang, daß er durch die Schilderungen proletarischen Elends des Referenten im innersten ergriffen sei und daß er neun Jahre lang seiner Ausführungen untergeschrieben hätte. Die Sozialdemokratie sei es aber nicht allein, die den Armen materielle Erlösung bringe. Auch viele sozial denkende Geistliche täten ihr mögliches, um die Wunden der Gesellschaft zu heilen, und insbesondere hätten sich die christlich-sozialen Parteien und die christlichen Gewerkschaften verdient gemacht um die Besserung der Arbeiterlage. In der Beurteilung der Kriegsgreuel und der Vorkämpfe sei er durchaus mit dem Redner einig. Die im Namen des Kreuzes zu kämpfen verzehrenden, schändeten das Kreuz. Auch ihn habe ein erhebendes Gefühl gepackt, als die Gloden des Reiches Märsche die gewaltige Friedensdemonstration der Arbeitervertreter aller Länder einläuteten. Die wahre Erlösung komme von innen und sei von den irdischen Lebensbedingungen der Menschen unabhängig.

Genosse Dierckh führte in einer halbkindlichen Erinnerung die christlich-soziale Partei und die christlichen Gewerkschaften auf ihren wahren Wert zurück; sie seien sich nicht Selbstzufrieden, sondern Konkurrenzgründungen gegen die Sozialdemokratie, um den Ruf der Arbeiter und Besitzlosen in die Höhe zu unterbinden. Die christlichen Gewerkschaften seien nach den Worten der päpstlichen Enzyklika nur als Fressblock gegen die Sozialdemokraten gebildet, und es müßte ihn einigermassen verwundern, wenn heute noch ein evangelischer Geistlicher dieses gewöhnlich gebildete Gebilde zentralistischer Drahtzieher als empfehlenswerte Arbeiterorganisation darstelle. Die charitative Tätigkeit tausender christlicher Geistlicher und Sozialpolitikler erkenne auch die Sozialdemokratie an, sie sei sich aber auch bewußt, daß alle christliche Liebestätigkeit nur ein winziger Tropfen auf einen heißen Stein sei. Ohne Brot, Fett und Freiheit gibt es keine Erlösung.

Nachdem Herr Pastor Köhling noch einige polemische Neuerungsnormen und Genossin Reinmann ein nimmermüdes Weihnachtsgedicht vorgelesen, fand die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Erlöser Sozialdemokratie.

Nismus ihr Ende und die andächtigen Versammlungsbesucher gingen auseinander mit der Versicherung, einer schöneren Versammlung noch nicht beigezogen zu haben.

Brieg, 3. Januar. Für den Arbeiter ist bis in hohe Alter gesorgt. Der Eisenbahnarbeiter Babnik aus Biersdorf war bereits 30 Jahre im Bahndienst. Da sein Sehvermögen als nicht mehr den erforderlichen Ansprüchen bezeichnet wurde, fürchtete er, durch nicht genügende Pension in Not und Elend zu geraten. Am Silvesterabend legte sich der Bedauernswerte auf der Meißner Straße unweit Biersdorf vor einen herannahenden Zug, wurde überfahren und getötet.

Diebstahl. In Groß-Neudorf wurden in der Silvesternacht aus dem Gästezimmer des Gutsbesizers Hölz drei letzte Häufe gestohlen, die an Ort und Stelle abgeschlachtet wurden.

Unangenehme Neujahrsgratulationen. Ein von auswärts wegen Betrugs stechbrieflich verfolgt Kaufmann wurde am Neujahrstage in aller Frühe aus dem Bett heraus verhaftet.

Brieg, 3. Januar. Neue Straßen! Nachdem alle Schwierigkeiten beseitigt sind, wird wohl bald mit dem Ausbau des „Mauergraben“ als Oberstraße begonnen werden. Schon aus sanitären Gründen begründen wir diese neue Straße. Aber auch so mancher Arbeiter wird jetzt mit seinem Rade die neue Straße ohne „Strafmandate“ passieren können. — Daß aber den Bewohnern der Fischerstraße, „Breite Arbeiterviertel“, mit dieser einen Verbindungsstraße noch lange nicht geholfen ist, beweist ein an den höchsten Magistrat gerichtete Schreiben. Viele Hauswirte, die durch ihre Mieter schon öfters aufgefordert wurden, haben sich endlich dieser Sache angenommen und an den Weihnachtsfeiertagen Unterschriften gesammelt. In diesem Schreiben wird verlangt, der Magistrat möchte neben der Oberstraße eine weitere Verbindungsstraße in der Mitte zwischen der Neuhäuser- und Fischerstraße ausbauen. Die Tatsache, daß die meisten Arbeiter der Fischerstraße nur auf weiten Umwegen ihre Arbeitsstätten erreichen können, läßt diesen Weihnachtswunsch nur als gerecht und billig erscheinen. Nachdem im besseren Viertel an den neuen Kasernen schon genügend gesorgt ist, könnten auch einmal Arbeiterwohne wie „Mieter berücksichtigt werden.

Schweiditz, 3. Januar. Rühre und Eisenbahn. Nicht aus dem Wege gegangen ist drei Rühre, die aus dem schlecht verschlossenen Viehstall des Dominikus Lindbergh entwichen waren, ein Eisenbahnzug. Die Rühre machten einen nächtlichen Spaziergang auf der Eisenbahnstrecke Schweidnitz-Gaibitz und wurden dabei von dem herandräufenden Personenzug erfaßt und völlig zerrissen.

Dittmannsdorf, 3. Januar. Die Leiche in Stroh. Am Morgen belustigten sich einige Knaben auf einem Strohscheiter, der auf einem Felde stand und entdeckten dabei die Leiche eines gut gekleideten Mannes. Die Leiche wurde von dem Leichenfuhrer sofort in Kenntnis gesetzt. Bis heute konnte die Identifizierung des Toten und die Todesursache noch nicht festgestellt werden.

Olaga, 3. Januar. Schlechte Neujahrscherze. In der Neujahrsnacht hier verübt worden. Auf der Raupstrasse sind sämtliche Laternen der Zylander und der Brenner wie der Glühbirnen beraubt und zerrissen und vernichtet worden. Das Schaulustige der Firma Lubowski, Ecke Preussische Straße, wurde zerrüttet. Bäckereibetriebe bewarfen mit Mehl die Passanten, so daß in kurzer Zeit eine ganze Menge dieser rückwärts Gezeichneten sich unter den „Neujahrsparagangern“ befanden.

Ein großer Schwindler ist der am 12. August 1911 aus dem Zuchthaus entlassene Arbeiter Adolf Orlich. Obgleich er nur eine verheiratete Tochter besitzt, vermietete er siebenmal, einer Mietsfrau eine, einem Feinher zwei und einem Rittergutsbesitzer sogar vier seiner „Töchter“. Hierfür erhielt der Angeklagte von der 2. Strafkammer fünf Jahre Zuchthaus, 525 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust.

Siegburg, 3. Januar. Ein Saccharin-Schmuggel ist wieder einmal von ununter Polizei aufgedeckt worden. An eine hiesige Firma gelangte eine Kiste, welche aus Puffau kam und nach Göttesberg unangekündigt worden sollte. Dies erregte Verdacht, die Kiste wurde geöffnet und richtig entdeckte man in ihr 79 Kilogramm Zucker. In Göttesberg wurde die Person, die den Transport der Kiste übernahm, festgenommen und gleichzeitig eine zweite Kiste, die ebenfalls ein erhebliches Quantum Saccharin enthielt, beschlagnahmt. Das Saccharin ging unter der Bezeichnung als „Anilinfarben“.

Bromberg, 3. Januar. Brandstiftung. Am Montag mittag brach in dem herrschaftlichen Hause in Ob-Görlitz Feuer aus, welches das gesamte Bestium sowie alles Mobiliar vernichtete. Durch das schnelle Eingreifen der beiden Ortsfeuerlöschkorps konnten die gefährdeten Nachbargrundstücke erhalten werden. Als der Brandstiftung verdächtig wurde der in dem Hause wohnende Barbier Ruhlig verhaftet. Nach längerem Zeignis gelang es die Tat ein, indem er angab, daß er seiner Mutter und Denzel zu der Versicherungsumme (3000 Mk.) verhalfen wollte, wobei er etwas verdienen sollte. R. ist ein mehrfach vorbestrafter Mensch.

Fauer, 3. Januar. Selbstmord. Hier erhängte sich der Besitzer des Konzerthauses, Paasche. Schlechter Geschäftsgang und finanzielle Schwierigkeiten sind die Ursache. Paasche war vorher Eigentümer des Volksgartens.

Peterswalde, 3. Januar. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Neujahrstage. Die 63 Jahre alte Frau Ernestine Frommelt wurde von einem Fuhrwerk an-

gefahren und kam unter die Räder. In schwerstem Zustande wurde sie nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie infolge der inneren Verletzungen starb.

Hohenlunde, 3. Januar. Ueberfall. In der Nacht zum Dienstag wurde der Kirchenwächter Sch. von einem Mann im Schwarzen überfallen und mit einem vier eifernen Messer beschlagen. Mit einer klaffen Ropfrunde wurde Sch. blutüberströmt aufgefunden. Es liegt ein Nachsteck vor, dem Täter ist man auf der Spur.

Wieschen, 3. Januar. Ueberfallen. In der Silvesternacht wurde der Postbote Hirsch von hier beim Eileiters des Briefkastens auf der Kaiserstraße von drei Männern überfallen und zur Erde geworfen. Als polizeiliche Hilfe nahte, ergriffen die Wegelagerer die Flucht.

Maromana-Gositz (Volen), 3. Januar. In größerer Anzahl ereignete sich hier in der Silvesternacht. Um Mitternacht die Gäste des Hotels Götz am Markt auf den Balkon begaben, zog eine Schar halb rüchiger Furchen mit Schimpfworten heran, die, nach einem Bericht der „B. N. N.“, sofort eine Bombardement mit Steinen und leeren Bierflaschen auf das Hotel eröffnete. Fenster wurden eingeschlagen und Feuer verstäubert geworfen, die eine Gardine anzündeten. Auch Revolverkässe wurden abgegeben, die aber glücklicherweise niemanden verletzten. Auch an anderen Stellen der Stadt sind viele Fenster Scheiben zersplittert worden. Vier der Haupttäter sind bereits ermittelt.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft nicht nur ausdrücklich erteilt. Sprechstunden der Redaktion Werktags nur von 12—1 Uhr Mittags. **W. Süßensstraße.** Es handelt sich um keine neue Mietsteuer, sondern um den Mietstempel, der von jeder Partei zu zahlen ist, wenn nichts anderes im Mietvertrage vereinbart wurde. Der Mietstempel ist in allen Fällen zu zahlen, wo jährlich 800 Mark Miete oder mehr gegeben werden. **W. B. Mein.** dazu ist der Arzt nicht verpflichtet, er hat den Kranken nur zu behandeln.

W. B. 14. Sie sind als Ehefrau nicht verpflichtet, die Schulden Ihres Mannes zu zahlen. Der Lohn kann dem Mann in diesem Falle nur gepfändelt werden, soweit er jährlich 1500 Mark übersteigt. Nach gerichtlichen Entscheidungen ist es zulässig zur Sicherung des Unterhalts von Frau und Kindern den pflanzbaren Teil des Lohnes oder Gehalts der Frau auszugeben.

W. B. 1. Mein. 2. Ja, Ihre Frau genügt als Zeugin. 3. Sie müssen erst zum Schiedsmann gehen. Wohnen die Parteien in einem Orte, so muß bei Verleibungen immer der Schiedsmann angerufen werden; dann ist beim Amtsgericht zu klagen.

W. B. Bedienungsfrauen, die bei einer „Herrschafft“ arbeiten, sind zur Krankenkasse nicht anzumelden.

G. N. Der ganze Paragraf 361 des Strafgesetzbuches ist etwa fünfzig Zeilen lang; es geht also beim besten Willen nicht, daß wir ihn hier abdrucken. Am besten ist es, Sie lassen sich von der Volkswacht-Buchhandlung eine billige Ausgabe des Strafgesetzbuches schicken.

W. 100. Die Zeitschrift das Lichtbild-Theater in Berlin. **W. 100.** Der Mieter ist berechtigt, den Wascheboden abzuschießen wenn seine Wäsche oben hängt.

Pomona. Wir verweisen Sie auf den Anzeigenenteil.

Belegungen der hiesigen Markt-Notierungskontrollen.
Breslau, den 2. Januar.

	ante	mittlere	Gro 100 Kilogramm	geringe Sorte		
	hölzhl.	niedr.	hölzhl.	niedr.	hölzhl.	niedr.
Weizen, weißer	19 80	18 40	18 80	17 40	17 80	16 96
Weizen gelber	19 20	18 80	18 20	17 80	17 20	16 48
Hoggen	19 20	18 70	18 60	18 10	17 60	16 84
Bräugetreide	18 80	17 80	17 40	16 80	16 20	15 40
Gerste	18 40	18 10	18 00	18 20	18 40	18 00
Hafer	18 20	18 00	18 00	18 00	18 00	18 00
Altsaat-Größen	26	24	25	22	21	19 80
Erbsen	21 60	21	21 80	20 80	20	19 20
Winterrübe	26 70	—	26 20	—	26 70	—
Fett per 100 Kgr. neues 6 80—7 10 1/2						
Baumöl per 100 Kgr. 4.80—5.80 1/2						
Brotstroh 100 Kgr. 6.20—6.80 1/2						

Breslauer Weizenmarkt. Weizen ruhig per 100 Kilogramm inf. Bad. 20.00—22.00 1/2, 20.00—22.00 1/2, Roggen gemischt o. weiß 18.00—20.00 1/2, 18.00—20.00 1/2, Roggen-Graubaden ruhig 22.00—24.00 1/2, Roggen-Futterweizen 11.70 bis 12.25 1/2, Weizenkleie 11.25 1/2, 11.75 1/2.

Aus der Geschäftswelt.

Das Spezialhaus für Damenleibersstoffe Goldstein und Reith, Untermarkt, Ecke Schuberstraße, das wegen seiner anerkannten Reklütät und Preiswürdigkeit weit über die Grenzen Preussens bekannt ist und sich großen Zuspruches des laudenden Publikums erfreut, veranstaltet dieses Jahr wiederum einen „Großen Inventur-Ausverkauf“, der vier Tage dauert und Montag, den 8. Januar, früh 8 Uhr, beginnt. Im Besich dieses Ausverkaufs ist besonders unter der Damenwelt zu empfehlen, da sich eine wirklich gute Gelegenheit bietet, gediegene, reelle Waren zu außergewöhnlich billigen Preisen zu kaufen.

Leser! Geborgt bei Euren Einkäufen unsere Quellen-Verzeichnisse.

Unheilbare Katarthe.

Die wenigsten Menschen sind sich dessen bewußt, daß Schnupfen, Hals- und Nasenverstopfungen usw. ihre Ursache in der Tätigkeit der Keimlebewesen (Bakterien) haben, die in den Schleimhäuten der Atmungsorgane, sobald dieselben durch Erkältungen oder anderen Ursachen gelodert sind, die günstigsten Bedingungen zu ihrer Fortpflanzung finden. Diese Bakterien, oder für bestimmte Arten Bazillen genannt, verbreiten durch ihre Fortpflanzung gewisse Absonderungsprodukte, die giftig wirken (Toxine) und dadurch weitere Teile der Schleimhäute reizen und zur die Ausbreitung der Keime empfänglich machen. Auf diese Weise entstehen leicht durch einen vernachlässigten Schnupfen oder Husten die schwereren Leiden: Bronchialkatarthe, Asthma, Influenza, Durengenleiden usw. — Natürlich sind auch alle diese Zustände ansteckend, weil diese Bakterien sich im Speichel in Stoffen befinden und mit dem Atem auch nach außen geschoben werden.

In der großen Apotheke der Natur sind für alle sogenannten Gifte eine Reihe von Gegenmitteln vorhanden, es gilt also, nur die richtigen herauszufinden und recht anzuwenden, um die Toxine (Gifte) unwirksam zu machen, ohne aber die notwendigen Organe zu gefährden. Daher haben Wissenschaftler und Forscher mit viel reißenden Eifern, wie Tob, Kokain, usw., gar keinen Erfolg, weil sie nur einen nachschonenden Teil der wichtigsten Keimlebewesen treffen und außerdem diese Part angreifen und unter großen Umständen das Uebel nur ver-

schlimmern. Ebenso nützen auch weder Trankturen mit allen möglichen Salzen oder eine äußere Behandlung mit warmen oder kalten Umschlägen sehr wenig, die überfliegende Bakterien- oder Kochi wird davon nicht alteriert und nach einiger Zeit ist das alte Leiden wieder da. Deshalb erscheinen diese Zustände den meisten als unheilbare Katarthe. Es fehlt aber unumstößlich, daß die Entfallung dieser Bakterienbrut den Luftwegen der Atmungsorgane folgen, logischerweise kann man ihnen also am sichersten nur auf diesem Wege folgen, d. h. durch Einatmung besonders giftig desinfizierender Dämpfe, welche familiäre Bakterien nicht ertragen können und zum Absterben bringen.

Vom Laboratorium Lancon, Bismarckstr. 40 A, ist ein kleiner handlicher Apparat konstruiert, den man bequem in der Tasche tragen kann, und der nach besonderem Verfahren auswendigste wissenschaftlich bewanderte Stoffe zum Einatmen bis in die tiefsten Luftwege bringt, ohne Reizstoffe zu verwenden oder sonstwie die Schleimhäute anzugreifen, und zwar auf kaltem Wege, um auch einer neuen Entzündung sicher vorzubeugen. Hiermit sind die glanzendsten und erspäullichsten Ergebnisse erzielt worden, worüber sich Tausende in begeisterten Briefen ausdrücken. So schreiben unter vielen anderen:

Herr Anton Hauptlehrer, Deichstr., den 6. Mai 1912. Mit Vergnügen teile ich Ihnen mit, daß mir Ihr Inhalator nach dreiwöchentlichem Gebrauche völlige Heilung meines Leidens gebracht hat. Sämtliche Luftwege waren nach Ihrer Entzündung verschleimt. Ein heftiger, pfeifender Husten quälte mich Tag und Nacht. Der Hals war ganz trocken und die Nase voll Schleim. Der

Inhalator verschaffte mir sofort Linderung, der pfeifende Husten wurde seltener, die Trockenheit im Halse verschwand und der Schleim löste sich leicht. Auch jetzt nach völliger Heilung gebräuche ich den Apparat weiter, indem ich abends vor dem Schlafengehen recht energisch durch die Nase einatme, wobei das Medikament wie hellere Luft die Luftwege erfüllt und mein Sprechorgan kräftigt. Ich werde es nicht veräumen, meine Kollegen auf Ihre prächtige Erfindung hinzuweisen, und so zur Verbreitung des so einfachen und doch wunderbar heilend wirkenden Apparates beizutragen.

Außerdem schreibt Herr Max Klinge, Berlin, Müllerstr. 14a: Ich litt seit vier Jahren an einem schlimmen Nasen- und Rachentatarrh, auch Leide ich an Lungenkatarrh. Alle Mittel die ich anwandte, halfen nichts. Ich ließ mir auf eine Annonce in der Zeitung einen Inhalator schicken. Nach sechswochenlangem Gebrauche ist mein Nasen- und Rachentatarrh vollständig geheilt und mein Lungenleiden hat sich wesentlich gebessert.

Ähnliche Anerkennungsbriefe liegen über 6000 Stück vor, davon sind 6418 durch einen vererb. Bäckereiverstorbenen vollständig glaubig. Die Originalbriefe können jederzeit bei uns eingesehen werden.

An milderemittelte, vertrauenswürdigste Personen wird der Apparat laut unseren besonderen Bedingungen auch gegen bequeme Ratenzahlung abgegeben. Nähere Auskunft über Lancon's Inhalator erteilt von Lancon's Laboratorium, Bismarckstr. 40 A, gerne kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt. Beslangen Sie noch heute gratis interessante Broschüre. 7978

3609/3

